

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, auschl. Postbestellgebühr. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 22. Juli 1911.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 82.

## Ein Nachwort zum Gewerkschaftskongress.

Verspätet ja, aber nicht zu spät für die, deren Interesse und aktive Teilnahme am gewerkschaftlichen Leben, an der mühsamen, dornenbesäten, mit äußerlichen und inneren Schwierigkeiten mannigfachster Art verbundenen Organisationsarbeit sich nicht mit der enteulenden Stunde auch einer Tagung von der Bedeutung des achten Kongresses der freien Gewerkschaften verflüchtigt, kommen wir dazu, auf das Dresden von 1911 einen prüfenden Rückblick zu werfen. Die viel- und manchmal auch recht überberufenen Verhältnisse machten es unmöglich, früher resp. so zeitig, wie es unsre Absicht gewesen, den Lesern des „Korr.“ ein aus persönlicher Anschauung gewonnenes Bild über den diesmaligen Gewerkschaftskongress zu entrollen.

Wenn wir das Wort Berlin aussprechen, dann weiß man mächtiglich in unserm Verbands, daß alle Dispositionen der Redaktion umgeworfen werden mußten, und so manches Vorhaben, dessen Ausführung unsern Kollegen wie dem Verbandsorgane selbst dienlicher gewesen wäre als die seit vier Wochen beinahe ununterbrochen verabreichte bittere Kost, eine unangenehm empfundene Sinnes-schiebung erfuhr. Auch daran zeigt sich die Schädlichkeit von Vorkommnissen, wie wir sie gegenwärtig leider zu verzeichnen haben. Alles vernünftige Vorwärtstreben, jedwede planmäßige Verbandsarbeit wird beeinträchtigt, wenn auch nur von einem kleinen Teile unsrer Armee die Grundlage alles organisatorischen Schaffens, die Disziplin, verlassen wird. Wenn in der „Rundschau“ der Gang der Dresdener Verhandlungen nicht schon eine ausreichende Schilderung gefunden hätte, würde es noch schwerer sein, das nachzuholen, was nicht durch Schuld der Redaktion bis jetzt unterbleiben mußte.

Dresden hat bislang nicht den besten Klang gehabt, was die in seinen Mauern tagenden Arbeiterparlamente anbetrifft. Das Jahr 1903 sah in Elbflorenz mit seiner sprichwörtlichen Gemütslichkeit einen Parteitag der deutschen Sozialdemokratie, der unstrittig der unerfreulichste von allen seitherigen war. Zwei Jahre später bot die fünfte Generalversammlung unsres Verbandes auch nicht gerade ein Bild, das besonders anziehend genannt werden kann. Nun nahm Dresden zum erstenmal einen Gewerkschaftskongress auf. Vor 40 Jahren fand zwar in Sachsen Hauptstadt schon eine gewerkschaftliche Konferenz statt; sie war jedoch keine besondere Veranstaltung, sondern ihre Teilnehmer setzten sich aus den gewerkschaftlichen Delegierten des Kongresses der sozialdemokratischen Arbeiterpartei zusammen. Ein Vergleich zwischen damals und jetzt ist also nicht angängig. Und gleich gar nicht, wenn man die Bedeutung der freien Gewerkschaften mit ihren 2 276 000 Mitgliedern und der auf 52 Millionen Mark gestiegenen finanziellen Ausstattung für das wirtschaftliche und politische Leben einer Großmacht wie Deutschland in ihrem vollen Umfang erfährt. Unsre Zentralverbände haben sich nunmehr an die Spitze aller Gewerkschaften der Welt gestellt, was noch besonders gewertet werden will, da in keinem andern Kulturstaat eine solche Zerissenheit der wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen nach konfessionellen und politischen Grundsätzen besteht.

Wie schön und zutreffend sagte August Bebel in seiner Begrüßung des Gewerkschaftskongresses in der „Dresdner Volkszeitung“:

„... Aber auch der letzte Arbeiter muß endlich begreifen, daß wie die Unternehmer nicht die Zorheit begehren, sich wegen ihrer religiösen oder politischen Ansichten zu spalten, sondern einander, ob Katholik oder Protestant, Jude oder Atheist, konservativ, liberal oder demokratisch denkend, sich in einer Berufsorganisation vereinigen, der Arbeiter noch viel weniger sich den Luxus einer solchen Spaltung der beruflichen Organisationen erlauben darf. Mit Recht jubeln die Unternehmer und alle Gegner der modernen Arbeiterorganisationen über dieses selbstmörderische Treiben der Arbeiter, wenn sie sich auch hüten, diesen Jubel öffentlich zu zeigen.“

Nur die volle Einigkeit und Einheit der Arbeiterklasse in der gewerkschaftlichen Organisation verbürgt und vor allen Dingen erleichtert ihr ihre Siege und erschwert Niederlagen.

Das sind goldene Worte. Ein Standpunkt, der von jeder bei den Buchdruckern gegolten hat, was aber trotzdem nicht verhindert, daß einesteils unser Verband der hier von dem bewährtesten sozialdemokratischen Führer wieder einmal als Prinzip aufgestellten Neutralität der Gewerkschaften wegen aus der Reihen der Arbeiterpartei mehr oder minder heftige Befehdung fand, und zwar bis in unsre Tage hinein, und andernteils auch bei den toleranteren Buchdruckern eine mit dem Prädikate christlich sich fällsächlich schmückende Sonderorganisation erstehen konnte. Der nebenher noch existierenden Allgemeinen Unterstützungs(Prinzipals)kasse, für die gegenwärtig mit größeren Anstrengungen wieder die Reklametrommel gerührt wird — auch ein Zeichen der für die Tarifrevision vorausgesehenen Schwierigkeiten —, gar nicht zu gedenken. Kurzsichtigkeit also bei den Überabakalen wie bei den rückständigsten Elementen der Arbeiterschaft! Wenn die freien Gewerkschaften trotz dieser und der ihnen von dem Scharfmachtum in treuen Bündnisse mit der Staatsgewalt entgegengestellten, täglich wachsenden Schwierigkeiten sich dennoch in so erfreulicher Weise durchgesetzt haben, daß sie jetzt kräftig auf die dritte Mitgliedermission zumarschieren und diese zum neunten Kongress im Jahre 1914 jedenfalls erreicht haben werden, so ist das wohl ein untrügliches Anzeichen, daß der innerliche Läuterungsprozeß schon ganz befriedigende Fortschritte aufzuweisen hat. Das aber ist das Wesentliche. Die von Hilow für das Staatsleben so gefährdeten inneren Krisen sind auch bei den Gewerkschaften tatsächlich gefährlicher als mancher heftige Stoß von außen. Dies sollten sich gerade die merken, die mit heißem Bemühen und großem Behagen in der Auswertung von sogenannten Doktorfragen ein Erkleckliches leisten, ohne für die Folgen ihres Tuns sich groß Rechen-schaft abzulegen.

Was den Dresdner Kongress so auszeichnete, war das offensichtliche Bestreben, diese gefährlichen Klippen zu umschiffen. Man hatte erst mit dem Ausstellungskomitee der Internationalen Hygieneausstellung, über die wir mit dieser Nummer beginnend eine instruktive Abhandlung aus der Feder des Kollegen Gustav Niern (Dresden) bringen, wieder Erfahrungen gemacht, die den dünnen Firnis der Gewerkschaftsfreundlichkeit des Unternehmertums und der Behörden mit Reichtigkeit durchschauen

ließen. Daran ändert auch nichts der von dem kleinen Städtchen Wexien dem Kongresse bei seiner Fahrt in die Sächsische Schweiz bereitete freundliche Empfang und die famose Begrüßung durch seinen wackeren Bürgermeister.

Es treffen auch hier die Worte des alten Bebel aus seinem kleinen und doch so gehaltvollen Begrüßungsartikel zu:

Die Unternehmerschaft hat in weit höherem Maß als bisher die Arbeiterklasse die Notwendigkeit der fachgewerblichen Organisation begriffen und durchgeführt, nachdem sie anfangs von einer solchen Organisation nichts wissen wollte. Erst Schüller, wurde sie halb Meister.

Wer in Nr. 78 unter „Rundschau“ die gedrängte Zusammenstellung über die deutschen Arbeitgeberverbände gelesen und sich danach über ihren Stand zu Beginn dieses Jahres und die Entwicklung allein im Jahre 1910 orientiert hat, wird, auch ohne den inneren Ausbau der Unternehmerorganisationen genau oder näher zu kennen, schon daran ermessen können, daß hier die Verhältnisse eine sehr deutliche Sprache reden. Da noch dem Luxus der prinzipiellen Floskelnereien zu frönen, hiesse denn doch den Ernst der Zeit ganz und gar verkennen.

Dabei meinen wir die Organisation des Unternehmertums nicht einmal in ihrer ganzen Entfaltung und Bedeutung. Die seit drei Jahren von der amtlichen Statistik im „Reichsarbeitsblatt“ ermöglichten Einblicke sind gewiß sehr wertvoll, vielleicht das Beste, was es in dieser Beziehung überhaupt in einem der Industrieländer gibt. Aber es sind zum Teil statistische Unzulänglichkeiten technischer Art, zum Teil sind es die von den Unternehmerverbänden mit einer gewissen Virtuosität geübten Verschleierrungen über die wirklichen Machtverhältnisse, die uns ein volles Erkennen und Erfassen der Stärke der Unternehmerorganisationen noch nicht gestattet. Jedenfalls tut man gut auf Arbeiterseite, sich durch den Tagesstreit um den Hansabund und die dadurch eingetretene Verschärfung der Rivalitäten zwischen dem Zentralverbande deutscher Industrieller und dem Bunde der Industriellen nicht täuschen zu lassen. Die Tatsache, daß die Zahl der Aussperrungen im vergangenen Jahr auf über 1000 angestiegen ist, besagt mehr, als auch die beste Statistik über die Unternehmerorganisationen auszuweisen vermag.

Legien gab diesem Empfinden unter lebhafter Zustimmung des Kongresses einen die Situation gut erfassenden Ausdruck, indem er die von den Gewerkschaften gemachten Fortschritte wohl vollständig würdigte, aber auch unumwunden aussprach, es wäre eine arge Selbsttäuschung, wollte man annehmen, daß wir mit diesem Stand unsrer Gewerkschaften allen kommenden Kämpfen gewachsen seien. Die Organisationen der Unternehmer seien in vielleicht noch stärkerem Verhältnisse gewachsen. Daß sie immer mehr zur Angriffsstatik vorgehen, trotzdem die Gewerkschaften einen solchen Aufschwung genommen haben, und daß sie den Ablauf der Tarifverträge möglichst auf einen Zeitpunkt versetzen möchten, um den notwendigen und berechtigten Versuchen der Arbeiter auf eine den veränderten Lebens- und Arbeitsverhältnissen besser entsprechende Umgestaltung der Lohn- und sonstigen Arbeitsbedingungen durch Massenausperrungen zu begegnen, lasse den Schluß zu:

Wir können nach dieser Entwicklung, die sich hier vollzogen hat, mit aller Sicherheit darauf rechnen, daß wir noch schweren Kämpfen entgegengehen, daß die Ausperrungen der Unternehmern in Zukunft noch weit das übertreffen werden, was wir bisher erlebt haben.

Wir wollen im gegenwärtigen Momente nicht untersuchen, inwieweit sich auch im Buchdruckgewerbe Angriffsstendenzen gegen die Arbeiter geltend machen, wobei wir an die sattem bekannten Neigungen und Absichten unseres Scharfmacherverbändchens hierzu noch gar nicht einmal denken. Wie Legien, der gewiegte Gewerkschaftstaktiker, auf dem Kongress in Dresden mit seiner Prognose und der starken Betonung, daß die Gewerkschaften noch viel zu tun haben, um den in dieser Hinsicht an sie heranretenden Erfordernissen nach außen und nicht zuletzt nach innen voll gewachsen zu sein, allgemeines Verständnis fand, und wie er ebenfalls unter allseitiger Zustimmung erklärte, daß der Einfluß des organisierten Unternehmertums auf Verwaltung und Gesetzgebung ungeheuer groß ist, wir, die Arbeiter, aber auf die eigene Kraft angewiesen seien, womit das in unserm Begrüßungsartikel Gesagte wertvolle Unterstreichungen fand, so wäre es auch eine arge, nein, mehr als dies: eine unter Umständen sich recht schwer rühende Selbsttäuschung, wollten gerade wir Buchdrucker, die wir im Mittelpunkt der scharfen Beobachtungen des gesamten Unternehmertums stehen, uns all dieser Erwägungen und Bedenken, womit sich die besten Köpfe der Gewerkschaftsbewegung nicht gerade zu ihrem Vergnügen beschweren, entschlagen und anstatt dessen der Phrase, die sich noch immer als das Grab der Wahrheit erwiesen hat, mit einem Eifer obliegen, der wahrlich einer besseren Sache würdig wäre. Leider, leider „denken“ aber viele unter uns so und nicht so!

Es war jedenfalls nicht die schlechteste, sondern die beste Seite des Dresdner Kongresses, daß er rein gar nichts von dem Eigensinne der Prinzipienreiterei wahrnehmen ließ. Die vielbeschäftigten Prinzipienwächter hatten, ihre Rosinante zu diversen Menschen gemeldet und fleißig trainiert. „Aber ach, indem wir hoffen...“ Der Kongress, der keineswegs ein Beamtenparlament darstellte, was von den sozialdemokratischen Parteitaggen weit eher zu sagen wäre, empfand gar kein Bedürfnis, den Wünschen einer Anzahl extremer Gewerkschaftsfaktoren zu entsprechen und sich auf die schiefe Ebene zu begeben, wo die praktische Organisationsarbeit aufhört und der „Jungbrunnen“ mit seinem verdächtigen Plätschern beginnt.

Wenn man berücksichtigt, daß die gestellten Anträge nur der Unterstützung von 20 Kongreßteilnehmern bedürfen, um zur Debatte zu gelangen, daß von den 388 Delegierten aber nicht einmal diese sehr bescheidene Zahl aufzubringen war, Anträge

zu unterstützen, wie den, daß als Lehrkräfte an der Gewerkschaftsschule nur solche Parteigenossen zugelassen sind, die den Klassenkampf in klarer Weise ihren Schülern lehren, oder die, wonach der 1. Mai durch völlige Arbeitsruhe zu feiern ist, wenn andererseits ähnlich lautende Anträge schon vor der Unterstützungsfrage zurückgezogen wurden, dann, ja dann haben die Ultras eben die Bataille vollständig verloren!

Wie Erbsen an der Wand prallten die uneigennütigen Bemühungen der „Leipziger Volkszeitung“ ab, Calver und Bernhardt als Lehrern an der Gewerkschaftsschule den Garaus zu machen (welcher Versuch allein in der „Begrüßungsnummer“ in drei verschiedenen Artikeln unternommen wurde), weil sie nicht mehr strenggläubige Marxisten sind. Auch der „Vorwärts“ sekundierte hier, jedoch mit weniger Eifer, und einige andre sozialdemokratische Organe noch stützten sich ebenfalls in geistige Unkosten. Aber es war alles umsonst. Nicht einmal die Vertreter der Gewerkschaftsblätter, die in das gleiche Horn bliesen, unternahmen einen Anlauf — ein ganz kärgliches Glas dieser Art von Scharfmacherei! Legien fand bei der Berichterstattung der Generalkommission glückliche Momente, die Kapitolskühn auf den Sand zu setzen. Und wenn die von der Generalkommission in dieser Frage unterbreitete Erklärung, daß für die Heranziehung und fernere Finanzprognose der Lehrkräfte zu den gewerkschaftlichen Unterrichtskursen nur die Befähigung, die wissenschaftlich einwandfreie Behandlung der Materien und volles Vertrauen der Kursussteilnehmer zu den Vortragenden — das allgemein als vorhanden bezeichnet wird — maßgebend sein sollen, und diese Erklärung vom Kongresse sans façon akzeptiert wurde, so bedeutet das eine schalende Ohrfeige für die „Leipziger Volkszeitung“ als Oberpriesterin des Dogmas vom reinen, unverfälschten Klassenkampfe. Die andern Unentwegten haben aber nicht weniger Anlaß, sich die schmerzende Wange zu reiben.

Während der „Vorwärts“ und andre sozialdemokratische Blätter sich mit guter Miene mit dieser Erklärung einer ihrer Herzeigenangelegenheiten absanden, griffte es in dem Nachwort der „L. V.“ ganz vernehmlich gegen Legien. Die Niederlage war auch zu empfindlich, und wenn eins die „L. V.“ zu trösten vermag, so ist es die langjährige Erfahrung, daß die meisten Leser sehr schnell solche Schläppen und Blamagen zu vergessen pflegen. Darauf baut sie und kommt leider viel zu häufig mit dieser Politik, die beiden Seiten nicht zur Anerkennung gereicht, auch durch. Bei andern Leuten und anderswo ergeht es der „L. V.“ aber nicht so: man kennt den Oberblasenbalg hier besser und weiß, daß er immer schlechter funktioniert. Es sei denn, daß ausgerechnet ein Teil unserer Kollegen ihr das Zeugnis der Unfehlbarkeit ausstellen würde...

Mit der Maifeier war es auch nicht. Die Bergarbeiter, die Metallarbeiter und die Buchdrucker, die auf ihren diesjährigen Generalversammlungen sich am meisten vergangen bzw. erlöhnt hatten, unverbüßelt auszuspochen, daß ihr Empfinden für die Notwendigkeit der Arbeitsruhe am 1. Mai auf dem Nullpunkt angekommen ist, kamen also ungeschoren davon. Daß uns Buchdrucker überhaupt nicht einmal Veranlassung gegeben wurde, das Wort zu ergreifen, ist gewiß ein Zeichen und ein Beweis mehr, daß man in Dresden nicht Dingen nachjagte, die uns auf den Plan hätten rufen müssen. Die Erwartung, die wir in Nr. 70 von dem achten Gewerkschaftskongress aussprachen, ist erfreulicherweise also voll in Erfüllung gegangen: er hat den Hamburger Kongress noch in puncto gewerkschaftlicher Abklärung übertroffen!

Nicht bemerkenswert war, was Legien über die politische Neutralität der Gewerkschaften, das Unnatürliche derselben bei den Christlichen und den natürlicheren Zusammenhang der freien Gewerkschaften mit der Sozialdemokratie, die ja beide in der Arbeiterklasse wurzelt, trotzdem aber getrennte Aufgaben, Arbeitsgebiete und selbständige Führung haben, sowie über die gute Verständigung mit dem Vorstände dieser Partei in den beide Seiten der Arbeiterbewegung berührenden Angelegenheiten, wodurch für die freien Gewerkschaften sich aber noch lange nicht die Folgerung herleiten lasse, daß sie nun sozialdemokratische Organisationen seien (die „Soziale Praxis“ konstatiert auch ausdrücklich, daß ein parteipolitisches Interesse niemals die Oberhand in Dresden hatte), und des ferneren über die trotzdem vorgekommenen Differenzen der Generalkommission mit einzelnen sozialdemokratischen Schriftstellern (und Blättern, hätte Legien noch sagen müssen, denn verschiedene Organe leisteten ja Sukkurs) zu sagen hatte und welche Aufnahme diese Ausführungen fanden. Wenn der Vorsitzende der Generalkommission deren und des „Korrespondenzblattes“ kräftige Töne gegen Kautsky (wegen der Sisyphusarbeit der Gewerkschaften), namentlich aber gegen Pannekoek (wegen der Gerahmung der Arbeit der Gewerkschaftsangehörigen und des Vorwirts; die Verbandsbehörden gelangten infolge ihrer Tätigkeit zu bürgerlichen Anschauungen) verteidigte, die Gewerkschaftsfunktionäre entschieden in Schutz nahm und gegen Pannekoek gewendet erklärte:

Eine ganze Reihe Leiter von Zentralverbänden haben durch diese Tätigkeit das, was sie an Reserverfonds an Kraft sich hätten aufsparen müssen, aufopfern müssen. Solchen Leuten will nun ein zbeliebiger Mann, der in die Partei so hineinrasselt und von dem man nicht weiß, ob er auf der andern Seite nicht sehr bald wieder hinausrasselt wird, derartiges sagen, und auch damit Zustimmung und Beifall fand, so stand es in Dresden um die Aktien des Überradikalismus und der Gewerkschaftsbevormundung sicherlich ganz schlecht.

## Die Internationale Hygieneausstellung in Dresden.

I.  
Angrenzend an das vornehmste Viertel Dresdens und an den allen Besuchern von Elbflorenz bekannten Großen Garten erhebt sich, in unglaublich kurzer Zeit emporgewachsen, stattlich und schön eine neue Stadt. Prachtvolle Architektur, säulengeschmückte Portale, dazwischen das herrliche Grün alter Baumbestände, entzünden das Auge des Besuchers. Und wenn abends die Laufende und Abertaufende von elektrischen Glühlampen aufklammern und mit allem Raffinement der neusten Mode gefeldete Menschen männlichen und weiblichen Geschlechts zu den rauschenden Klängen der Musik dahinjagen, Frauenlachen, Jubeln und Gläserklingen aus all den zahlreich vorhandenen Stätten des Amüsements erklingen, dann wird man an die Dörfer des seligen Potemkin erinnert; denn wie diese wird in einigen Monaten all diese Pracht und Herrlichkeit wieder verschwinden. Die prächtigen Paläste und Hallen bestehen aus Holz, die „Kupferdächer“ aus grün und braun gefärbter Dachpappe, und jeder Platzregen macht eine Nachfärbung nötig.

Es ist die Hygieneausstellung, die sich in der prächtigen Umrahmung der grünen Baumtröten erhebt und in den so stolzen und vergänglichsten Hallen ist alles ausgestellt, was an menschlichem Glend und Unglück nur denkbar ist. Die Schättenfetzen, die dunkelsten Tiefen des unergründlichen Jammers werden da gezeigt. Und ein Durchgang durch die Säle der meisten Hallen hat gewiß viel Ähnlichkeit mit einem Gange durch Dantes Hölle: Syphilis, Krebs, Tuberkulose, verkrüppelte Gestalten, schmerzverzerrte

Gesichter, jammervolle menschliche Gestalten sind da in Silber, Präparaten, Aufstellungen zu sehen und geben einen Begriff von der Unsumme menschlichen Glends, das existiert, und bilden einen seltsamen Kontrast zu dem Leben und Treiben außerhalb der Hallen.

Wie es in der offiziellen Zeitung so schön heißt, soll die Ausstellung Gelegenheit geben „zum Studium alles dessen, was das menschliche Leben erhält, die menschliche Gesundheit und das Wohagen hindert, was menschliche Liebe und Kraft dem Gemeinwohl zu leisten vermag“.

Dieser Zweck erreicht sie aber unserm Wissens nur sehr bedingt. Vor allem ist man eifrig bestrebt gewesen, alles fernzuhalten, was etwa die Internehermer irgendwie unangenehm berühren könnte. Man ersah das zunächst sehr deutlich aus der Ablehnung der Heimarbeitsausstellung der Gewerkschaften. Aber wie werden bei unserm Rundgange durch die Ausstellungsräume sehr oft auf solche Anzeichen stoßen. Eine Weltausstellung ist mehr oder weniger ein kapitalistisches Unternehmen. Es soll in der Hauptsache finanziert werden durch die von den industriellen Ausstellern zu erhebenden außerordentlich hohen Platzgebühren. Es kam also dem Spiritus rector der Ausstellung, dem Kommerzienrat Lingner, alles darauf an, diese Kreise nicht zu verstimmeln. Diese aber steckten sich, als sie von dem Plane der Heimarbeitsausstellung hörten, hinter die sächsische Regierung, die bei der Ausstellung ein ganz gewichtiges Wort mitzusprechen hatte, da die Benutzung eines Teils des königlichen Großen Gartens ohne ihre Einwilligung nicht zu erreichen war.

Aber auch schon aus der Eröffnungsrede des Herrn Lingner ging ganz klar und deutlich die gekennzeichnete Tendenz hervor. Der Herr Kommerzienrat pries zunächst

den Wert einer geordneten Gesundheitspflege, die meist aus Unkenntnis vernachlässigt werde. Durch die Ausstellung sollen die Lehren der Gesundheitspflege in die weitesten Kreise des Volkes getragen werden. Es soll dem Volke zum Bewußtsein gebracht werden, daß die Gesundheit der Urquell menschlichen Glücks, körperlicher und sittlicher Wohls ist, und daß es in der Macht eines jeden liegt, seinen Gesundheits- und Kräftezustand zu erhalten und zu erhöhen. (!) Hunderte und Uberhunderte von Millionen an Geldeswert gehen jährlich verloren durch Arbeitsausfälle, durch Ausgaben für Krankheit und Siedium, durch Unterstützung der Armut usw.

Zur allgemeinen ja ganz schöne Worte. Nun weiß aber jeder, der sich mit volkswirtschaftlichen und sozialen Fragen befaßt hat, daß Hygiene und Körperpflege eine Sache des Weltbetruels, des Einkommens ist, und daß nichts mehr geeignet ist, die Volksgesundheit zu heben, als wenn die Lebenshaltung der großen Masse des Volkes, also des Arbeiterstandes, gehoben wird. Der Boden der Tuberkulose beispielsweise wird vorbereitet durch Unterernährung in erster Linie. „Wer also dafür sorgt“, sagte sehr richtig der verlassene Minister für Sozialpolitik, Graf v. Posadowsky, gelegentlich, „daß den Massen Leben und Gesundheit erhalten bleibt, der sorgt für die Zukunft und Macht unsrer Vaterlandes“. Wer tut das aber in erster Linie als wie die Gewerkschaften, die mehr für die Volksgesundheit getan haben als alle Hygieneausstellungen zusammengenommen? Man durfte also gerade sie unter keinen Umständen ausschließen von der Mitwirkung. Der Präsident der Ausstellung, Lingner, hatte wohl auch das Empfinden, daß die Unternehmern fürchten könnten, daß durch die Ausstellung die „Begehrlichkeit“ der Massen gefördert werden könnte, daß sie auch all die

Ein Gewerkschaftsblatt („Der Seemann“) entwarf in seinem Kongressrückblick daher ein recht drastisches, aber durchaus wahres Spiegelbild, wenn es schreibt:

Der Dresdner Gewerkschaftskongress hat die „Engherzigen“ unangenehm, die „Weitherzigen“ im wahren Sinne des Wortes angenehm enttäuscht. Kein Literatengeiz, keine wils-wilde Draufgänger, keine doktrinar-tünnelich unwahren Verlegenheitsbeschlüsse, keine erneute Operation an der erledigten Waisener, kein gegenseitiges öffentliches Herseifen durch unniße Grenzstreitigkeitsdebatten, nicht einmal eine neue Auflage der Massenstreiksdebate und vor allen Dingen keine Verhöhnung und Verstimmung zwischen Massen und Führer. Kein „Zungbrunnen“, kein „reingebendes Gewitter“, keine „Sufarenritte“, sondern ruhige sachliche Debatten, gewissenhafte Prüfung des Für und Wider in allen wichtigen Fragen, vernünftige, wohlüberdachte und überlegte Beschlüßfassungen, Zurückweisung aller Gesinnungsgrünfler und Kegerrichter, energische Absage an die „Panncoeterei“.

Wir Buchdrucker können also vollauf zufrieden sein mit dem, was Dresden gebracht hat; es wird das auch noch im weiteren zu zeigen sein. Aber so mancher unter uns könnte viel lernen von dieser Ruhe und Überlegenheit gegenüber theoretischer Kritikaerei oder gar direkter Scharfmacherei der Arbeiter gegen „die Arbeiter in gehobener Lebenslage“. Der jetzige Augenblick ist zu dieser Einkehr sehr geeignet, und es ist ja auch nicht einzusehen, warum die fraglichen Blätter bei den Buchdruckern auf die Rechnung kommen sollten, die sie erfreulicherweise dem Gewerkschaftskongress ganz vergeblich präsentiert haben. (Schluß folgt.)

## Die Heimarbeit im Leipziger Schriftschneidergewerbe.

Wenn etwas geeignet ist, die Arbeits- und Existenzbedingungen einer Berufsklasse wesentlich zu verschlechtern, so ist es zweifellos die Heimarbeit. Die Befähigung hierfür finden wir in allen Berufen, in welchen Heimarbeit geleistet wird. Die trostlosen Zustände in unserm Kunstberufe haben es leider ermöglicht, daß die Heimarbeit auch bei uns besteht und fortwährend an Umfang gewinnt.

Etwa der fünfte Teil der Leipziger Stempelschneider ist heute Heimarbeiter. Dieselben werden von manchen Betrieben mit Vorliebe beschäftigt, denn die betreffenden Firmen entledigen sich auf diese Weise fast sämtlicher Arbeitsverpflichtungen, die sie erfüllen müßten, wenn sie die Heimarbeiter als Gehilfen einstellen würden.

Die Vorteile, welche die Heimarbeiter den Gehilfen gegenüber ihren Arbeitgebern bieten, darf man nicht unterschätzen. Dem Gehilfen gegenüber hat der Arbeitgeber die Kündigungsfrist einzufügen, wenn er denselben nicht mehr braucht. Beim Heimarbeiter fällt das weg. Kann ein Gehilfe wegen Arbeitsmangel nicht voll beschäftigt werden, so ist er berechtigt, vom Arbeitgeber Entschädigung zu fordern, der Heimarbeiter nicht. Die gesetzlichen Feiertage braucht der Arbeitgeber nicht zu bezahlen, wenn er seine Arbeiten von Heimarbeitern herstellen läßt. Wird dem Überfundenunwesen durch einen hohen Zuschlag entgegengearbeitet, so ist das nur bei Gehilfen durchführbar, bei Heimarbeitern nicht. Dieselben

müssen froh sein, wenn sie während eines guten Geschäftsgangs durch Überarbeit und Sonntagsarbeit wieder einholen können, was ihnen während eines geschäftlichen Rückgangs verloren gegangen ist. Der Heimarbeiter bietet durch seine isolierte Stellung dem Arbeitgeber die beste Gelegenheit, die Löhne herabzudrücken. In einem Fall erhält so ein Kollege tatsächlich nur etwa 34 Proz. des Lohns, der in der Werkstatt gezahlt wird. Dabei nehmen die Heimarbeiter dem Arbeitgeber noch die Pflicht ab, Raum, Heizung, Beleuchtung, Werkzeuge und Betriebsmaterialien zu stellen, welche zur Ausführung der Arbeit erforderlich sind. Dazu kommt noch, daß die Heimarbeiter ihrem Prinzipale mitunter längere Zeit die Löhne kreditieren.

Der Arbeitgeber ist zur Zahlung der gesetzlichen Versicherungsbeiträge verpflichtet, bei Strafandrohung auch für jeden Heimarbeiter. Man meldet aber den Heimarbeiter einfach, den gesetzlichen Bestimmungen zuwider, nicht zur Krankenversicherung an, und es hat bisher damit kein Bewenden gehabt. Die betreffenden Kollegen sind infolgedessen freiwillige Mitglieder der Ortskrankenkasse. Alle solche haben sie beschränkte Rechte, aber sie haben die Anmeldebeiträge zu zahlen und sind auf diese Weise überhaupt um die Krankenversicherung gekommen.

Es ist leicht verständlich, daß eine Stempelschneiderei die Lasten des Betriebes von sich abwägt, indem sie Heimarbeiter beschäftigt. Wenn eine Schriftschneiderei ihre Arbeiten von Gehilfen herstellen läßt, so muß die Firma von ihren Kunden die Hälfte mehr erhalten, als sie an ihre Gehilfen zahlt. Hat ein Gehilfe für 66,66 Mk. Arbeit geliefert, so muß die Firma von der Schriftschneiderei 100 Mk. dafür erhalten, anders kann sie unter normalen Verhältnissen nicht bestehen. Der Kleinmeister muß notwendigerweise mit den Gehilfen in Wettbewerb treten, welche in der Sieberei beschäftigt werden. Wer von beiden Teilen dem Schriftschneiderei die größten Vorteile bietet, erhält die Arbeit.

Aus Gründen der Selbsterhaltung muß der Kleinmeister nun einen zu niedrigen Preis machen. Sein Geschäft wirt nach Abzug der Arbeitslöhne und aller Unkosten keinen Gewinn ab. An den Löhnen läßt sich nicht sparen, denn den Gehilfen kostet der Lebensunterhalt genau so viel wie den Kollegen in der Schriftschneiderei. An den Geschäftskosten geht auch nichts abzutun. So sucht nun der Meister seinen Gewinn aus der Arbeitsweise herauszuwirtschaften. Er treibt mehr oder weniger spezialisierte Teilarbeit und stellt sozial Bezirglinge ein, wie er eben erhalten kann. Die Folgen dieses Systems, die ausgeprägte Schuldentorkurrenz, bekommt der Meister nun deutlich zu spüren. Die bisherigen Wege reichen jetzt nicht mehr aus, einen Gewinn für ihn herauszuholen. Aber er kann sich helfen; höhere Preise sucht er zwar nicht vom Schriftschneiderei zu erhalten, sondern er wirt ein gut Teil seiner Pflichten, seines Risikos und seiner Unkosten auf die Schultern seiner Gehilfen, indem er sie nach und nach zu Heimarbeitern macht. Die schwere Gefahr, welche dadurch für den ganzen Beruf heraufbeschworen wird, ist nicht mehr zu verkennen.

Wenn sich die Heimarbeit in unserm Gewerbe nicht zu einem solchen Ungetüm auswachsen soll wie in der Textilindustrie, in der Holzspielwarenfabrikation, in der Fabrikation künstlicher Blumen und dergleichen, so muß sie gleich im Anfang richtig aufgefaßt und behandelt werden. Mit einem hohen prozentualen Zuschlag auf alle Akkordpreise bei Heimarbeit würde auf der einen Seite der Heimarbeiter dafür entschädigt, daß er die Lasten des Unternehmers tragen muß und auf der andern Seite würde verhindert, daß sich Unternehmer mit Heimarbeitssystem zu Konkurrenten entwickeln, welche unserm hartbedrängten Berufe den letzten Stoß versetzen. R. L.

Einrichtungen, die zur Förderung der Gesundheit beitragen, sich leisten will und mit neuen Forderungen die armen Kapitalisten und die Gesellschaft quält. Deshalb fügte er bezeichnend hinzu: „Eins möchte ich hier besonders hervorheben, um etwaigen Befürchtungen, daß die Ausstellung vielleicht Begehrlichkeiten in die Bevölkerung tragen könne, die finanzielle Belastungen im Gefolge haben können, den Boden zu entziehen: Die persönliche Gesundheitspflege ist die wohlfeilste Kunst. Gerade der Wohlstand ist oft die Quelle körperlicher Unbehagens und körperlicher Gebrechen. Um gesund zu sein, muß man arm sein. Tätigkeit und Mäßigkeit, mögen sie auch erzwungen sein, gewähren die sicherste Anwartschaft auf ein gesundes Leben und auf ein glückliches Alter.“

So sprach Singner! Also tröste dich, armer Arbeiter, wenn du auch von morgens früh bis abends spät schustest, wenn dir der Magen knurrt. Das macht nichts. Du wirst gesund bleiben, wenn du deine Stiefel nicht mit dem Fußdorn abstäubst, wenn du deine Nägel und Hände polierst, wenn du keine Schuhe trägst, die dich drücken, wenn du keinen Pferden auf die Schnauzen läßt, wenn du dir nicht von einem Hunde die Hände besetzen läßt. Und deine Frau und deine Tochter werden lange leben und glücklich sein, wenn sie kein Korsett tragen, keine zu engen Kleider, keine Schuhe wie die Chinesinnen, die die Füße verkrüppeln. Es ist sehr interessant zu wissen, wie du innerlich und äußerlich beschaffen bist, auch wenn du nichts im Magen hast. Auch wie zweifellos es die Arbeiter sehr interessieren, daß Regeln, Turnen, Reiten, Schwimmen, Rudern, Fußball, Hockey und wer weiß was alles für Sport und Spiele sehr gut für die Gesundheit sind, aber für sie ist es weit vorteilhafter und

nützlicher, wenn sie erfahren, daß in den Betrieben dafür gesorgt wird, daß sie Luftig und reinlich sind, daß die Arbeitszeit nicht so lang ist, daß sie einen Lohn verdienen, um sich satt essen zu können. Gerade solche für die Gesundheit des wertigsten Volks hauptsächlich in Frage kommenden Dinge sind aber sehr stiefmütterlich behandelt und dann auch noch nicht zusammenhängend dargestellt. In allen Fällen ein bißchen von den Berufsgefahren, der Gewerbehygiene usw. Dagegen hat man der Hygiene der Marine und des Heeres ausgebreitete Abteilungen gewidmet, sowie dem Sport und Spiele, der Kleidung, der Nahrung.

Sehr interessant und wissenschaftlich sehr wertvoll ist zweifellos die historische und ethnographische Abteilung, wenn sie auch an und für sich mit dem eigentlichen Zweck einer Hygieneausstellung wenig zu tun hat.

Alles in allem, und damit wollen wir für heute schließen, bietet die Ausstellung gewiß viel des Sehenswerten und Interessanten, aber sie ist nicht das, was wir uns unter einer Hygieneausstellung vor allem vorstellen: nämlich zu zeigen, wie Volksgesundheit und Wohlfahrt verbreitet werden kann. Die Ausstellung zeigt wohl die einzelnen Krankheiten an einzelnen Individuen, aber sie behandelt die Sache nicht gesellschaftswissenschaftlich. Sie legt nicht die Finger in die Wunden, die unser ungenügenden sozialen Verhältnisse und die mangelhafte soziale Einsicht der Unternehmer dem Volkskörper geschlagen. Angestrich hat man es vermieden, Schlüsse aus den Einzelergebnissen zu ziehen, um nicht anzudeuten bei Unternehmern, um nicht die Besucher aus der zahlungsfähigen Welt an ihrem sozialen Gewissen zu rühren, um ihnen nicht ihr Gewissen zu verletzen.

Die Ausstellung ist bestimmt, zu zeigen: wie her-

## Disziplin oder Solidarität?

In der gegenwärtigen Zeit ist es wohl angebracht, Betrachtungen darüber anzustellen, wie Disziplin zu wahren und wie Solidarität zu üben ist. Die Arbeitsniederlegung der Rotationsmaschinenmeister bei Scherl hat dieses Thema aktuell gemacht und unsern Verband in eine Bewegung gebracht, wie er seinesgleichen wohl nur im Jahre 1896 nach Abschluß der neuen Tarifgemeinschaft durchzumachen hatte.

Im Verbandsrat hat es — ein Zeichen, daß Leben in ihm ist. Das Bedauerliche dabei ist jedoch, daß dieses „Leben“ nicht dazu dient, dem es gerade in der jetzigen Zeit dienen sollte — der Tarifrevision! Bei dem Streite der Geister wird leider nur zu oft das Große aus dem Auge gelassen und an Kleinerem hängen geblieben. Fürwahr, dieser Sturm, der jetzt durch die deutsche Kollegenchaft braust, wäre einer besseren Sache würdig gewesen!

Doch wie dem nun auch sei: An den Kollegen selbst liegt es wieder, diesen Sturm zu beschwören und die Wogen der Erregung wieder zu glätten. Und dieses wird hoffentlich in nicht allzu ferner Zeit der Fall sein, wenn die Kollegenchaft gesprochen hat. Denn der Kernpunkt der beklagenswerten Angelegenheit dreht sich doch um die Frage: Was ist höher in einer Gewerkschaft zu stellen: Disziplin oder Solidarität? Das heißt: Manneszucht oder gegenseitige Verpflichtung?

Um diese Frage zu beantworten, ist es notwendig, sich vor Augen zu führen, welchen Aufschwung der Verband der Deutschen Buchdrucker in den letzten 15 Jahren genommen hat. Und wozu durch genommen hat. Die Antwort kann für jeden Kollegen, der sich mit den organisatorischen Fragen beschäftigt — was man übrigens von jedem voraussetzen sollte —, nur die sein: Nur durch das klare Erkennen der tatsächlichen Verhältnisse, wie sie im Buchdruckergewerbe liegen, seitens der leitenden Kollegen, die doch erst durch das Vertrauen der Mitglieder gewählt sind, hat der Verband die Höhe und die Macht und das Ansehen erreicht, das er heute hat. Unbekümmert um das Geschrei, das etwelche „Vefferrisser“ anhuben, um ihrerseits den Verband „in andre Bahnen“ zu lenken. Auch heuer fehlt es nicht an diesen — „Helfern“.

Und wenn der Verband trotz aller Widerwärtigkeiten, die er zu bestehen hatte, trotzdem sich behauptet hat, so ist das in erster Linie der Disziplin zu danken, die in seinen Reihen vorhanden ist, ungeachtet der Vorformnisse, die eben nur Ausnahmen sind, wie solche am Wirtschaftskörper und überall im Leben vorkommen können, aber nicht vorkommen sollten. Nicht einer Disziplin mit Kadavergehörigkeit oder sklavischer Ergebenheit, sondern einer Disziplin, die mit dem Eintritt in den Verband von selbst entsteht und die als Verbandsmitglied auszuüben Pflicht, selbstauferlegte Pflicht ist!

Wie steht es nun aber mit der Solidarität, der gegenseitigen Verpflichtung? Soll die nichts gelten? Im Gegenteil! Die Solidarität ist die Tochter der Disziplin, sie ist aus der Disziplin geboren, denn bevor man seine Disziplin hat, kann man keine Solidarität haben. Durch die Disziplin Solidarität! Das ist eine unumgängliche Notwendigkeit, wenn die Arbeiterchaft in ihren Wirtschaftskämpfen vorwärts kommen will. Beides gehört zusammen, wenn ein zielbewußtes Handeln erreicht werden und praktische Gewerkschaftsarbeit geleistet werden soll.

Die Krise, die der Verband jetzt durchzumachen hat, ist sehr zu bedauern. Die Kollegen aber werden sich, wenn die Redeschlachten vorbei sind, wieder zusammenfinden, um gemeinsam zu arbeiten an der Hebung der wirtschaftlichen Lage der Buchdruckergehilfen!

Hannover.

F. Sartung.

lich weit haben wir es gebracht. Was hat man alles getan von Behörden, Unternehmern, Kommunen und von Privat, um die Volksgesundheit zu heben!

In einem Artikel des Kommissars der österreichischen Ausstellung über „Die Hygiene in der Bilanz des Industrierikens“ heißt es sehr bezeichnend: „Es ist notwendig, die breite Öffentlichkeit damit bekannt zu machen, was auf diesem Gebiete bisher geleistet wurde: es ist erforderlich, daß das Volk erfahre, welche große Erfolge bereits durch die hygienische Forschung und die praktisch angewandte Hygiene erzielt wurden. Man wird den traurigen Unterschied sehen zwischen einst und jetzt; man wird deutlich erkennen, wie schlimm es einst um die Volksgesundheit bestellt war, und wie sich dieses Verhältnis durch die Arbeit der Hygiene auf allen Gebieten gebessert hat.“ Und dann kommt wieder die Berufung für die Unternehmer: „Man darf in den Anforderungen der Hygiene nicht so weit gehen, daß man die Industrie, einen Industriezweig oder einen Betrieb wirtschaftlich lahmlegt — mit einem Worte: man darf die Hygiene nicht schlachten, welche die goldene Eier legt. Nur dort, wo die Industrie wirtschaftlich stark, nur dort kann sich die Hygiene entfalten und dauernd ihren Platz behaupten.“

Also, Klipp und Klar: Die Hygieneausstellung zu Dresden verfolgt unsern Grachten in erster Linie den Zweck, das Bewußtsein der herrschenden Gesellschaft zu salivieren, sich selbst Absolution zu erteilen. Und da hatte die furchtbare Unlage des Glens der Heimarbeit usw. natürlich keinen Platz!

Nachdem wir so unser kritisches Gewissen erleichtert, werden wir die Ausstellung in ihren einzelnen Abteilungen würdigen.

## Weitere Angriffe — andere Folgen!

Einige Tage waren einige sozialdemokratische Organe sehr krank — die „A. B.“ sogar über eine Woche —, nun quälte sie wieder, man merkt's am Stank! Der Appell unfres Verbandsvorstandes in Nr. 80 hat es ihnen von neuem angetan, sie müssen — zu ihrem größten Leidwesen versteht sich — wieder einmal „eingreifen“ bei den Buchdruckern, abermals nach dem Rechten sehen. Und wiederum zeigt sich ein Dualismus in der sozialdemokratischen Presse, der einfach verunverständlich ist. Während die „Dresdner Volkszeitung“, die „Volksstimme“ in Magdeburg und andre Parteiorgane diese Kundgebung der Verbandsleitung als das Bezeichnen, was sie ist: eine Verwarnung derjenigen Mitglieder, die sich nicht damit begnügen, ihre abweichenden Ansichten in die Form sachlicher Kritik zu kleiden, sondern die den Verband schädigen, und welche Blätter deshalb auch den Vorstandsausschuss kommentarlos zum Abdruck bringen, schlagen andre mit Vehemenz darauf los und kommentieren und interpretieren zum Halsbrechen. Bis dann endlich wieder ein Feuerchen entzündet ist, an dem sich die armen, vom Verbandsvorstand und der Redaktion des „Korr.“ (welchen beiden Körperschaften vor neun Wochen noch auf der Generalversammlung in Hannover das allseitige Vertrauen belundet wurde) mißleiteten Verbandsbuchdrucker erhitzen sollen, damit nur gar alles hübsch drüber und drunter geht in der Gewerkschaft, die den Unentwegten von jeder ein Dorn im Auge gewesen ist, weil sie eben noch nie danach gefragt hat und es auch in Zukunft nicht tun wird, ob ihre Taktik, die obendrein immer mehr die allgemeinen gewerkschaftliche wird, bei den strengsten Prinzipienwächtern allerhöchste Zustimmung findet oder nicht. Da wird auch gar nicht in Betracht gezogen, daß wenn es nach dem Willen dieser guten Leuten gegangen wäre, der Verband heute nicht die Organisation wäre, die 93 Proz. aller Berufsangehörigen umfaßt, eine finanzielle Ausrichtung wie keine zweite hat und Erfolge in bezug auf Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen über das ganze Reich aufweisen kann, die sie zum mindesten neben die fortgeschrittensten Gewerkschaften stellt. Daß 1896 und 1908 gerade von dieser Seite alles getan wurde, solche Verbesserungen zu hinterstreifen oder doch aufzuhalten, daß diese sozialdemokratischen Blätter sich nachweisbar als die schlechtesten Interessenanwälte der Buchdrucker erwiesen haben, das hat man natürlich schon wieder vergessen oder dieses Schuldkonto ganz unten im Altenteller vergraben. Diese Gedächtnisausrichtung und diese Erinnerung an die früheren Sünden ist aber im Augenblicke sehr angebracht; ganz abgesehen von anderen Hinweisen und Reminiszzenzen, wo sich Theorie und Praxis bei diesen anmaßenden Bevormundern im weiten Bogen aus dem Wege gingen.

Allen voran bei der jetzt vorgeführten zweiten Serie dieser Sichtbilder raffinierter Leidenchaftserregung geht die „Leipziger Volkszeitung“, deren Sündenkonto im allgemeinen groß, uns Buchdruckern gegenüber aber ganz groß ist. Die kurze Zurückhaltung ist vorbei, und nun faucht es aus der Taucher Straße in Leipzig, von wo aus schon so mancher Wannstrahl gegen andre Organisationsvorstände und Gewerkschaftsblätter wie auch gegen Instanzen und Arbeitsorgane der sozialdemokratischen Partei geschleudert worden ist, über diese wahrhaftig nicht zum Vergnügen oder zwecks Spaltung, sondern zum Wiederaufbau, zum Fortschritt, zum Aufblühen der Tarifbewegung doppelt notwendigen Geschlossenheit des Verbandes erlassene einbringliche Ermahnung unserer Organisationsleitung: „Selbst der ruhigste Beurteiler (einfach wundervoll im Munde der „A. B.“, dieses Musterbeispiels von Ruhe und objektiver Beurteilung! Red. d. „Korr.“) der Vorgänge im Buchdruckerverbande wird sich sagen, daß dieser Vorstandsausschuss wohl den Höhepunkt bürokratischer Bevormundung darstellt. . . Wohl am bezeichnendsten mit ist die Stelle, die von der Herabwürdigung des Verbandsvorstandes und des Tarifamts spricht und sie als eine Tätigkeit versteht, die den Leiter reif zum Ausschluß aus seiner Organisation macht. . . Man wird nach dieser Leistung es nicht als eine Würdigung empfinden, wenn schließlich in Verbandsstatut der Buchdrucker ein Beamtenbeleidigungsparagraf und ein solcher zum besonderen Schutze der Herren Prinzipale erscheint“. Ist denn eine solche Demagogie jemals schon dagewesen? In welche Eigenschaften soll denn damit appelliert werden? Wir schägen die Leser der „A. B.“ nicht so tief ein, daß sie nicht faulstidig herausfühlen würden, wie hier mit den Haren Buchstaben des mitgeteilten Wortlautes eine geradezu gemeingefährliche Aufhebung der Leiter und unserer Kollegen im besondern gegen unseren Verbandsvorstand beabsichtigt ist. Daß es Aufgabe eines Arbeiterblattes sein sollte, in einer Arbeiterorganisation die Fahne der Rebellion gegen die Führer aufzupflanzen, daß speziell der reinste Klassenkampfstandpunkt gebieten könnte, die Disziplin der Mitglieder zu untergraben, sie auseinanderzutreiben, damit das Unternehmertum in Zeiten, wie sie uns bevorstehen, frohlocken kann über die Uneinigkeit in Gehilfenlagern, über eine nur im Unternehmerinteresse gelegene Selbsterfleischung — das zu begreifen, fällt uns wirklich schwer. Wir hatten bis dato die entgegengegesetzte Auffassung von den Aufgaben eines Arbeiterblattes.

Der „Vorwärts“ ist vorsichtiger als die Leipziger Arntrompete. Er polemisiert gegen die „Vossische Zeitung“, die die Gefahr einer Spaltung in unserer Organisation sieht. Wie er im Anschluß an die Publikation des Verbandsvorstandes diese Bestürzung hinsichtlich zu machen sucht, kommt aber so heraus, als ob der Vorstand die treffen will, die eine andre Auffassung über den Tarif-

amtsentscheid haben und bekunden. Davon ist natürlich keine Rede, sondern diejenigen, die in den Veranlassungen die Organisation herabwürdigten, sich gegen Beschlüsse unserer Generalversammlung auflehnen und damit auch andre Kollegen zu einem wilden Tun und Treiben in den Versammlungen verleiten, denen sollte gesagt werden, daß es damit ein Ende haben muß, anderenfalls nicht der „Beamtenbeleidigungsparagraf“, um mit der „A. B.“ zu sprechen, sondern die gewöhnlichen Bestimmungen des Statuts wegen Verbandschädigung in Anwendung kommen müßten.

Bei der „Freien Presse“ in Elberfeld haben sich die Begriffe über die selbstverständliche Verpflichtung einer Organisationsleitung, die Dinge nicht in Zügellosigkeit ausarten zu lassen, schon so verwirrt, daß sie von einer „Proklamierung des Standrechts im Buchdruckerverbande“ spricht und daran einen Phrasenwulst knüpft, bei dem einem normal empfindenden Menschen schlimm und übel wird.

Die „Arbeiterzeitung“ in Essen ist in Sachen der Vorstandspublikation recht reserviert, meint aber vom „Korr.“, er blase einige Privatfeuern mit der Parteipresse künstlich an. Was uns nicht im Traum einfällt, denn Anerkennungsmäßig ist es sogar unser Vermögen gewesen, alle Beziehungen mit der politischen Arbeiterpresse zu vermeiden; dies ist uns aber nur bis zum Berliner Konflikt gelungen, und da haben wir und mußten wir als Organ des Verbandes der Deutschen Buchdrucker diese ungehörigen und unerhörten Einmischungen in unsre Angelegenheiten entschieden zurückweisen. Alsdann hält sie mit dem Kollegen Albrecht Abrechnung über ihren eignen Konflikt, dessen wir schon erwähnt, weil er ein Seitenstück zum Falle Scherl ist. Kollege Albrecht wandte sich nämlich nicht nur gegen die Scharfmacherei ihm gegenüber wie gegen die Behandlung des Personals der „Arbeiterzeitung“ bei dessen Differenzen, sondern er schilbert in einem Artikel im „Allgemeinen Beobachter“ auch diese Verhältnisse und Verhältnisse, weil man ihm ganz unbedeutende Vorkommnisse deswegen in der „Arbeiterzeitung“ machte. Wenn das Essener Parteiblatt zum Schluß seiner Erwiderung darauf in Fettdruck erklärt: „Es wird hohe Zeit, daß unsre Parteigenossen klar erkennen, wie rücksichtslos (!?) selbst ein Gauleiter gegenüber der Parteipresse glaubt handeln zu dürfen. Das klärt die Situation vor der Reichstagswahl“, so ist das, da sie den Kollegen Albrecht erst zu diesem Herausgehen provoziert hat, eine nette Leistung, die unschwer ahnen läßt, was einem Parteigenossen blüht, und welcher niedrigen Absichten man einen unsrer Funktionäre für fähig hält, der weiter nichts getan, als die Interessen seiner Kollegen zu vertreten, sie nichtsdestoweniger aber tadelte und nicht in Schutz nahm, wie von einem Teile der Parteipresse in Sachen der Tarifbrüche in Berlin geschähen, als sie den ordnungsgemäßen Instanzenweg nicht einhielten. Und da soll unsre Verbandsleitung, indem sie die renitenten Mitglieder ernstlich verwarnte, das Standrecht proklamiert haben?

Das „Volksblatt“ für Harburg findet, weil es anscheinend nicht richtig lesen und verstehen kann, in dem „Ullas“ des Verbandsvorstandes die Sprache des „Diktators“. Viele Tausende von Mitgliedern würden mit dem Anschlusse bedroht. Man möchte lachen über solche Mägen, wenn die Sache nicht so ernst wäre.

Wir stellen ausdrücklich fest: Der in Nr. 80 veröffentlichte Appell der Verbandsleitung ist eine ernstgemeinte, von dem größten Organisationsinteresse diktierte Ermahnung an alle Mitglieder, jegliche Quartierereien zu unterlassen und einig zusammenzutreten, da in wenigen Wochen die Tarifberatungen ihren Anfang nehmen und solche Vorgänge, wie jetzt, diese noch mehr erschweren, als sie es ohnehin schon sein werden. Entschieden wendet sich der Vorstand in seiner Gesamtheit gegen die Versuche, Vertreter einer andern Verbandspolitik ans Ruder zu bringen, da erst vor einigen Wochen von der Generalversammlung die jegliche Verbandsstatut von neuem und einmütig bestätigt worden ist; er wendet sich im Interesse der Organisation durch die gedachten Bestrebungen nicht zur Unsniederlegung zwingen lassen. „Einigen“ resp. den „betreffenden Mitgliedern“ wird bedeutet, daß wenn sie ihr verbandschädigendes Treiben nicht unterlassen, das Statut gegen sie in Anwendung gebracht werden müßte; er erwartet sie aber noch einmal, da er doch von ihnen noch Selbstbestimmung, Disziplin und Rücksichtnahme auf die Interessen der Organisation, der Gesamtheit, erwartet, die sonst die Kosten einer solch zerfetzenden Tätigkeit zu tragen hätte. Ist denn das unter diesen besonderen Umständen etwas so Außergewöhnliches? Würde jede andre Organisationsleitung in einer solchen Situation sich nicht ebenfalls an die Allgemeinheit mit einer ernsten Ansprache, das Verbandsinteresse hochzuhalten und alle destruktiven Tendenzen abzuweisen, wenden? Jede pflichtbewußte Gewerkschaftsführung müßte und würde ebenso handeln!

Ist es da nicht Wahnmüß, von einem Tausenden von Mitgliedern drohenden Anschlusse zu reden? Diese Maßnahme, die schlimmstenfalls nur einige treffen würde, gegen eine pflichtgemäß handelnde Verbandsleitung gemacht werden? Es kann doch nicht Aufgabe von Arbeiterblättern sein, unter allen Umständen gegebenenfalls unbedenkbar renitente Elemente zu schüßeln! Die sozialdemokratische Partei hat ja vor einigen Jahren, als die Lokalfisten gar nicht zur Waision kommen wollten, sondern sich weiter in Beschimpfungen über sie und ihre Führer ergingen, diese doch von sich abstoßen müssen! Auf dem bei den Buchdruckern absolut mit zweierlei Maß gemessen werden?

Zu unsrer Genugtuung können wir aber mitteilen, daß die sich um das Wohl der Buchdrucker so abquälenden sozialdemokratischen Organe sich jetzt unnötig erschauert haben. In Berlin selbst hat nämlich eine weit ruhigere Stimmung Platz gegriffen! Eine am 19. Juli d. J. abgehaltene Versammlung nahm einen Verlauf, der wirklich zu der Hoffnung berechtigt, daß auch in Berlin in kurzem alles wieder im Geleise ist. Der Ernst der Zeit zwingt wieder alles, was am Verbands hängt, nicht die Kräfte zu verbrennen im selbstmörderischen Bruderkerriege, sondern sie bört zur Entfaltung zu bringen, wobei die Organisation ruft. Das gilt nicht nur für Berlin, sondern für alle Mitgliedschaften. Aber es würde uns aufrichtig freuen, wenn die größte Mitgliedschaft im Verbands bald wieder in ihrer Gesamtheit diesen allein richtigen Standpunkt einnimmt.

Mit der „Leipziger Volkszeitung“ haben wir in der nächsten Nummer noch extra ein Hühnchen zu rupfen. Es würde auf einmal zu viel werden des „Guten“.

Die Stellungnahme der Kollegenschaft zu den Vorkommnissen in Berlin und zur Gauvorsteherkonferenz deutet der „Vorwärts“ so, als ob „nur Orte mit unbedeutender Druckindustrie“ sich unbedingt für das Tarifamt usw. ausgesprochen haben, nur Dresden läßt das Zentralorgan noch gelten. Das ist denn doch eine recht irrtümliche Ansicht. Sind Köln, Magdeburg, Halle a. S., Aachen, Duisburg, Würzburg, Posen, Freiburg i. Br., Zwickau, Straßburg, Bremen sowie die bedeutenden Werkdrucker Altenburg und Raumburg wirklich so unbedeutend für unsre Gewerbe? Der „Vorwärts“ wäre sehr schlecht orientiert über unsre Verhältnisse, wollte er diese Behauptung aufrecht erhalten. Bis zur Stunde sind noch hinzugekommen: Jena, Koblenz, Hagen i. W., Regensburg, Offenbach a. M., Eifelt, Stade, Neuh., Schmalkalden, Sprottau, Königsbrunn, Etzhausen i. B., Gebweiler, Bezirksverein Jagstkreis, Karlsruhe. Das sind 52 Mitgliedschaften, die das Verhalten der Verbandsleitung und der Gauvorsteherkonferenz als im Verbandsinteresse gelegen erklärt haben. Drei weitere Orte: Düsseldorf, Dortmund und Wevelsberg, waren nicht mit allem einverstanden, stellten sich in der Hauptsache aber auf den gleichen Standpunkt. Gegen die Organisations- und Tarifinstanzen resolierten elf Mitgliedschaften, und zwar neuerdings noch Mannheim, Seilbronn a. N. und Wolfenbüttel. Das sieht doch wohl etwas anders aus, als der „Vorw.“ es darzustellen beliebt.

## Korrespondenzen.

**Hannover-Buchholz.** Die hiesige Mitgliedschaft beendete in der am 15. Juli abgehaltenen Versammlung die bauverwerteten Vorgänge in Berlin und nahm einstimmig eine Resolution an, die einhellig und entschieden die Berliner Vorgänge verurteilt und den Verbandsinstanzen und der „Korr.“-Redaktion vollste Anerkennung zollt.

**Bezirk Frankfurt a. M.** In der am 10. Juli abgehaltenen, von gut 300 Mitgliedern besuchten Versammlung wurde zunächst das Andenken der verstorbenen Kollegen Schwarz, Gießer, und Schappel, Seger, in der üblichen Weise geehrt. Hierauf berichtete Kollege Karl Dominé in ausführlicher Weise über die Berliner Ereignisse und die aus diesem Anlaß einberufene Gauvorsteherkonferenz. Nach eingehender Würdigung der Verhältnisse sei diese zu der bekannten Resolution gekommen. Nebener suchte die Versammlung, der Resolution ihre Zustimmung zu geben. Von zwei Versammlungsrednern wurden die Ausführungen des Kollegen Dominé unterstrichen, die übrigen Diskussionsredner verurteilten scharf die Maßnahmen des Zentralvorstandes sowie die Haltung der Gehilfenvertreter im Tarifamt und der Redaktion des „Korr.“. Nachstehende Resolution wurde mit geringer Mehrheit angenommen: „Die am 10. Juli tagende Mitgliederversammlung des Bezirks Frankfurt a. M. nimmt nach sehr eingehender Aussprache über den Konflikt im Berliner Zeitungsgewerbe folgenden Standpunkt ein: Die versammelten Kollegen erklären sich mit den Verstößen der Berliner Rotationsmaschinenmeister nicht einverstanden, die Tarifamtsentscheidungen, soweit sie sich auf die Regelung der Arbeitszeit bezogen, hätten unter allen Umständen von den Gehilfen anerkannt werden müssen; jedoch erblicken die Kollegen in dem Urteile der Berufungsentscheidung, Absatz 3, vom 9. Juni 1911 eine Kompetenzüberschreitung des Tarifamts, die unter allen Umständen bei der kommenden Tarifrevision durch klare Bestimmungen für die Folge ausgeschlossen sein muß. Die Zustimmung der Gehilfenvertreter im Tarifamt zu diesem Teile des Berufungsentscheides wird auf das schärfste verurteilt, ihre Handlung ist nicht anders zu verurteilen, als daß sie ihre Aufgabe als Arbeitervertreter völlig verlannt und zur Auslösung eines derartigen Mandats nicht geeignet erschienen. Die Haltung des Zentralvorstandes ist ebenfalls nicht ganz einwandfrei, in besondern glaubt die Versammlung zum Ausdruck bringen zu müssen, daß ein zu inniger Konnex mit den Vertretern der Prinzipale der Gehilfenbewegung nicht dienlich erscheint. Die Aufforderung unfres Zentralvorstandes an die Kollegen von Ulstein und Mosse zwecks Herstellung der Zeitungen von Scherl kommt nahezu der Aufforderung zur Streitarbeit gleich. Es wäre die entschiedene Zurückweisung der betreffenden Personale daher aufs freudigste zu begrüßen.“ Desgleichen verurteilt die Versammlung die Haltung des „Korr.“ in dieser Frage.

**Geldern-Beveler.** (Wierteljahrsbericht.) Im zweiten Quartale wurden vier Versammlungen abgehalten (davon eine außerordentliche), welche einen durchschnittlichen Besuch von 65 Proz. zu verzeichnen hatten; das ist eine Verbesserung gegenüber dem ersten Quartal. In der Monatsversammlung vom 2. Mai erstattete der Vorsitzende Bericht über den Gantag in Dortmund, mit dessen Beschlüssen sich die Anwesenden einverstanden erklärten. — Die außerordentliche Monatsversammlung am 23. Mai befaßte sich mit dem Besuche der außerordentlichen Bezirksversammlung in Krefeld, auf der seitens des Bezirksvorsitzers Bericht über die Generalversammlung in Hannover erstattet werden sollte. Eine korporative Beteiligung wurde beschlossen. — Die beiden folgenden Versammlungen hatten vorwiegend interne Verhandlungsgegenstände auf der Tagesordnung, so u. a. Johannistfest. Dieses fand am 2. Juli statt und nahm einen schönen Verlauf. Den beiden Firmen Chr. Ed. Müller und R. Schaffrath für die Gratisklieferung der Druckfaden auch an dieser Stelle besten Dank.

**Glückstadt (Holtz).** In der am 14. Juli abgehaltenen außerordentlichen Versammlung referierte Kollege Dreier (Hamburg) über die Gavoursteherkonferenz, und es gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die heutige, vorzüglich besuchte außerordentliche Versammlung des Ortsvereins Glückstadt erklärt sich mit der Resolution der Gavoursteherkonferenz voll und ganz einverstanden und spricht dem Zentralvorstande wie den Gavourstehern ihre vollste Anerkennung aus.“

**Bezirksverein Jagstkreis.** Als ein erfreuliches Zeichen und zugleich als Beweis, daß die Kollegen des Bezirkes besonderes Interesse an der kommenden Tarifrevision haben, galt unter am 9. Juli in Alen abgehaltene halbjährliche Bezirksversammlung, in deren Mittelpunkt ein Referat des Gaurverwalters Kayser (Stuttgart) stand über: „Unsere Generalversammlung in Hannover“. In über zweifelhafte Vorträge gab der gewandte Redner ein klares Bild über diese Tagung und streifte am Schlusse seiner Ausführungen die letzte Gavoursteherkonferenz und die Vorkommnisse der Berliner Notationsmaschinenmeister, welches Vorgehen im Hinblick auf die bevorstehende Tarifrevision allgemein verurteilt wurde. Die Versammlung dankte dem Referenten durch stürmischen Beifall und nahm dann folgende Resolution einstimmig an: „Die heute in Alen versammelten 118 Buchdruckergehilfen aus den Druckorten Alen, Krailsheim, Eltvangen, Gerabronn, Gmünd, Heidenheim, Lorch, Nördlingen, Schornsdorf und Wasseralfingen erklären sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, sprechen den Delegierten bei der Generalversammlung in Hannover für ihre Mitarbeit den Dank aus und bringen den Gehilfenvertretern volles Vertrauen entgegen. Sie anerkennen die auf der Generalversammlung gefaßten Beschlüsse und verlangen von den Gehilfenvertretern bei der nächsten Tarifrevision, daß sie den berechtigten Wünschen der Gehilfenschaft möglichst Geltung verschaffen. Die Versammelten erklären daher, mit voller Kraft dafür einzutreten, daß die gefaßten Beschlüsse des Tarifauschusses auch in allen Druckorten zur Durchführung kommen.“ Ein weiterer Vortrag vom Bezirksvorsitzenden Wenzelburger (Gmünd) über die Verhandlungen des Gantags in Stuttgart mußte wegen vorgerückter Zeit von der Tagesordnung abgesetzt werden. — Der Nachmittag vereinigte die Kollegen zu einer gemeinschaftlichen Johannistfeier im „Eintrachtsgarten“, woselbst bei Musik, Gesang und Tanz sowie dem üblichen Preisquadräteln sämtliche Teilnehmer vollauf auch im gemütlichen Teil auf ihre Rechnung kamen, und wohlbedient elkten (meistens mit den letzten Jügen) die Kollegen\* ihren heimatischen Penaten zu.

**R. Kaiserlautern.** Unter zahlreicher Beteiligung hiesiger und besonders auswärtiger Kollegen feierte der Bezirksverein Kaiserlautern das Fest seines 40jährigen Bestehens, in Verbindung mit dem Johannistfest. Am Samstagabend nahm das Fest mit einem Herrenkommers im Vereinslokale seinen Anfang, wozu bereits Delegationen von auswärts eingetroffen waren. In bunter Reihenfolge wechselten ernste und heitere Lieder mit Vorträgen der Gesangsabteilung und bekannter Salonhumoristen sowie einer Abteilung des Stadt- und Theaterorchesters. Nur zu früh endete für die Jünger Gutenbergs die Vorfeier zum Jubiläum. — Nach dem Empfange der Sonntag früh ankommenden Kollegen wurde mit diesen ein Spaziergang in unsern herrlichen Wald gemacht, nach dessen Beendigung ging es hinaus ins Festlokal „Tirnerheim“ zur Festversammlung. Nach zwei vortrefflich zu Gehör gebrachten großen Musikstücken von R. Wagner und F. Mendelssohn seitens des Orchesters sprach Fräulein Bauer in eindrucksvoller Weise einen Prolog, wofür sie allseitigen Beifall erntete. Nach einem Vortrage der Gesangsabteilung folgte die Begrüßung der sehr zahlreich erschienenen Festgäste durch den Bezirksvorsitzenden Rudolf May. Als Festgäste waren auch anwesend die beiden Landtagsabgeordneten Hoffmann und Klement, als Vertreter des Gavourstandes die Kollegen M. Seiwert und Wintes; durch Delegationen waren ferner vertreten die Bezirksvereine Ludwigshafen, Mannheim und Worms, während die Städte Speier, Landau, Birmafens, Zweibrücken, St. Ingbert, Neunkirchen und Sulzbach a. d. Saar fast vollständig vertreten waren. In der Begrüßungsansprache gab Kollege May dem Wunsch Ausdruck, daß auch in Zukunft Prinzipale und Gehilfen in friedlichem Verhältnis auf der Grundlage gegenseitiger Vereinbarung miteinander arbeiten mögen. Hierauf ergriß der Gavourstehrer Dominé (Frankfurt a. M.) das Wort zu seiner Festrede. In längeren Aus-

führungen entwarf der Redner ein herrliches Bild über die Entwicklung des Verbandes, der mit seinen organisatorischen Einrichtungen Vorbildlich für die gesamte Arbeiterchaft geworden sei. Mit der Wahrung an die junge Generation, das von Vätern Geschaffene zu erhalten und zu befestigen, und mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Bezirksverein schloß er seine Rede. Nach einem weiteren Musikvortrag ergriff Kollege May das Wort, um zwei alte Kollegen, August Hoffmann und Heinrich Scholl, für 40- bzw. 25-jährige Mitgliedschaft zu feiern. Als Ehrengast erliefen die beiden Jubilare je ein kunstvoll gearbeitetes Diplom und außerdem noch Kollege Hoffmann einen prachtvollen Rubikessel. Kollege Seiwert (Ludwigshafen) beglückwünschte hierauf im Auftrage des Gavourstandes den Verein zu seinem Jubiläum und schloß mit einem Hoch auf diesen. Kollege Käufer (Mannheim) gratulierte im Auftrage sämtlicher anwesenden auswärtigen Vereine und toastete auf das freundschaftliche und kollegiale Zusammenhalten der Buchdrucker. In kurzen Worten dankte hierauf Kollege Scholl namens der Jubilare, worauf die Gesangsabteilung mit dem herrlichen Chor „Fröhlich Psal“ die Anwesenden berast freute, daß er unter stürmischem Beifalle wiederholt werden mußte. Glückwunschschriften bzw. Telegramme liefen ein von den Bezirken Darmstadt, Heilbronn, Mainz, Saarbrücken und Wiesbaden, von den Ortsvereinen Wachenburg und Wöllingen, von den Kollegen Fußs (Mannheim), Hoffmann (Heidelberg), Weiler (Gomburg), Grimm (Birmasens), Hellmuth (Ehann i. Elf.), Corbier (Forbach i. Lothr.) und Hempel (Dresden). Im Vereinslokale vereinigte sich eine große Anzahl auswärtiger Kollegen zum gemeinsamen Mittagstische. Der Nachmittag versammelte die Kollegen zum Gartenfeste, das unter Mitwirkung des Stadtdirektors, des hiesigen Buchdrucker-Gesangsvereins und der „Typographia“ (Birmasens) auf das herrlichste verlief. Nur zu bald nahte die Trennungsstunde, die die auswärtigen Kollegen wieder ihren heimischen Penaten zuführte, während der Abend die hiesigen Festgäste zu einem Festballe vereinigte, der bis in die frühen Morgenstunden dauerte.

**Kiel.** (Mitgliederversammlung am 11. Juli.) Nach Entgegennahme einiger Mitteilungen stimmte die Versammlung einem Aufnahmeseite zu, ein zweites wurde abgelehnt. Die Kartellbelegierten wiesen auf den Wäckerstreik am Orte hin und ersuchten, die boykottierten Geschäfte zu meiden. Sodann erstattete Gavourstehrer Prüter den Bericht von der wegen des Berliner Tarifkonflikts einberufenen Gavoursteherkonferenz. In über zweifelhafte Ausführungen streifte Redner zunächst die Geschichte des Konflikts und gab sodann sehr eingehend die auf der Konferenz gepflogenen Verhandlungen wieder. In der anschließenden Diskussion sprachen sich die Redner teils für, teils gegen das Votgehen der Verbands- und Tarifbehörden aus. Von zwei eingegangenen Resolutionen wurde die folgende mit Stimmenmehrheit angenommen: „Die am 11. Juli abgehaltene Versammlung der Mitgliedschaft Kiel des V. b. D. B. spricht nach Entgegennahme des Berichts von der Gavoursteherkonferenz ihre Billigung über das tarifbrüchige und disziplinwidrige Verhalten der in Betracht kommenden Berliner Notationsdrucker aus und billigt die Maßnahmen der Verbandsleitung. Die Versammlung erwartet jedoch, daß Urteile der Tarifbehörden, wie die Disqualifizierung von Vertrauensleuten, nicht verallgemeinert, sondern nur in den alleräußersten Fällen ausgesprochen werden.“ Die Hälfte der 90 Kollegen besuchten Versammlung enthielt sich der Abstimmung. (Wdauerlich genug! Red.) Wegen der vorgerückten Zeit wurde der Rest der Tagesordnung bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt.

**Köln.** Die Mitgliederversammlung am 15. Juli war gut besucht und hatte einen äußerst anregenden Verlauf. Eingang der Versammlung gedachte der Vorsitzende Moiss der am 1. Juli erfolgten Übersiedlung des Gavourstandes nach Köln und sprach die Hoffnung aus, daß dieser Umstand auf das Vereinsleben am hiesigen Orte günstig einwirken möge. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten konnten acht Neuaufnahmen vollzogen werden, dagegen wurden drei Mitglieder ausgeschlossen. Sodann wurde auf den Beschluß der Generalversammlung in Hannover hingewiesen, wonach freiwillig ausstehende Mitglieder zur Arbeitslosenunterstützung nicht berechtigt sind. Hierauf erstattete Kollege Moiss ausführlichen Bericht über die Gaur- und Bezirksvorsteherkonferenzen. Aus letzterer ist mitzuteilen, daß die Gaurstatistik nur an die Vertrauensleute zur Verteilung gelangt. Am 25. September werde der Tarifauschub zusammenzutreten, und bis zum 13. August müssen die Tarifanträge eingereicht sein. Die Kreisversammlung wird am 30. Juli in Köln stattfinden, deren Besuch den Kollegen angelegentlich empfohlen wird. Sowohl die Gaur- als auch die Bezirksvorsteherkonferenz habe sich fast ausschließlich mit dem Konflikte bei der Firma Scherl und seinen Begleiterscheinungen beschäftigt. Der Vortragende schilderte den Vorgang des Berliner Streites, bei dem die beiden Vertrauensleute mit die Hauptschuld trügen und ein gedeihliches Wirken bei der Firma unmöglich machten. Die Vertrauensleute müßten sich den Beschlüssen der Tarifinstanzen und den Vorträgen der beiden Organisationen unterwerfen und hätten die Pflicht, mißliche Verhältnisse innerhalb der Druckerei zu sichten und nicht zu verschärfen. Wiederholter Tarif- und Kontraktbruch hätte zu dem Urteile der Entlassung der Vertrauensleute geführt. Alle Vermittlungen der Instanzen zur Beilegung des Konfliktes wären vergebens gewesen. Mit den selbstverständlichen Sachen seien die Schiedsinstanzen befaßt worden. Das Versammlungsleben der Berliner Kollegen lasse sehr viel

zu wünschen übrig. In „Mundstüb“ der Notationsmaschinenmeister werde der Machtwort großgezogen, der jede Autorität der Organisationsinstanzen mißachtet und für unfre Gemeinheitspolitik eine Gefahr wird. Das Verhalten des Mundstübs müsse unbedingt verurteilt und seine Auflösung strikte durchgeführt werden. Nicht scharf genug sei die Aufforderung zur Gelbberufung zur Schabenerjagd gegen das Tarifamt zu verurteilen. Durch die Berliner Vorgänge werde unfre Organisation schwer geschädigt, und wir müßten es gutheißen, daß der Verbandsvorstand hier energisch eingegriffen gäbe. Wenn Berlin sich außerhalb der Tarifgemeinschaft stellen wolle, so werde es sehr schlecht dabei fahren. Auch die Auslassungen der Parteiblätter verdienten energische Zurückweisung. Es müsse jetzt zum Ausdruck gebracht werden, daß 50000 Kollegen in der Provinz nicht gewillt seien, sich durch das an den Tag gelegte Verhalten der Berliner Kollegen schädigen zu lassen. Redner richtete an die Anwesenden das dringende Ersuchen, das Handeln des Verbandsvorstandes gutzuheißen und sich mit den Beschlüssen der Gavoursteherkonferenz einverstanden zu erklären. Die Ausführungen des Referenten wurden mit reichem Beifall aufgenommen. In der darauffolgenden regen Aussprache stellten sich mit einer Ausnahme sämtliche Sprecher mehr oder minder auf den Boden des Beschlusses der Gavoursteherkonferenz. Im Schlußwort gab Kollege Moiss einige Richtigstellungen und forderte die Anwesenden auf, einmütig für die Aufrechterhaltung der Tarifgemeinschaft einzustehen und für den Beschluß der Gavoursteherkonferenz zu stimmen, was auch mit wenigen Ausnahmen geschah. In der Versammlung kam ferner zur Sprache, in welcher unsozialer Weise eine größere Firma mit ihren den Gehilfen überwiegenen Gehältern verfährt, indem sie von diesen zu einem bestimmten Zeitpunkte vor Ablauf ihrer Kurzeit die Aufnahme der Arbeit fordert, widrigenfalls sie gefündigt werden. Auch werden den aus den Heilstätten zurückkehrenden Gehilfen für das laufende Jahr die Ferien entzogen. (Der Name einer Firma, die so verurteilenswerte Praktiken anwendet, sollte nur getroft genannt werden. Red.)

**T. Krefeld.** Unser Johannistfest wurde am 24. Juni gefeiert und hatte den größten Teil unserer Kollegen mit ihren Damen angezogen. Nach vorhergegangenem andauernden Regen war der Abend auf der „Wallenburg“ aber auch wirklich zu schön. Alles hatte sich in den Dienst der guten Sache gestellt: Gesangsverein „Typographia“, die Kollegen Diermanns, Rogull, Keger, Engler u. a. Kurz; alles Kappte. Nach einem Tanzgange gings früh morgens heim, um am Nachmittag im Gemeinheitszuge, der etwa 4000 Teilnehmer zählte, zum „Ziergarten“ zu ziehen und dort das Gemeinheitsfest zu feiern, das unter Teilnahme von etwa 10000 Personen eben so glatt verlief. — Am 8. Juli wurden in unsern Monatsversammlung auch die Berliner Vorgänge eines eingehenden Besprechung unterzogen. Einleitend zeichnete Kollege Erkerlenz ein klares Bild dieser Vorgänge; er wies hin auf die Beschlüsse der Generalversammlung in Hannover sowie auf die aus Anlaß des Kontraktbruchs gefaßte scharfe Resolution der Zeitungsverleger und forderte dann die Kollegen auf, sich frei und zu der Sache zu äußern. Der erste Diskussionsredner verurteilte die mangelhafte Berichterstattung im „Korr.“ über diese Angelegenheit, die nur einseitig gewesen sei. Der ihm folgende stützte sich auf zwei ausgiebige Berichte in der „Einigkeit“, einem Organ der Anarchozialisten, und war der Ansicht, daß den Berliner Notationen unrecht geschehen sei. Es folgten nun noch mehrere Redner, die sich einschließend des ersten ausdrücklich auf den Standpunkt stellten, daß ein Disziplin- und Kontraktbruch vorliege, der entschieden zu verurteilen sei. Die Entscheidungen selbstgeschaffener Institutionen, die man zur Schlichtung von Streitigkeiten anrufen habe, müßten auch anerkannt werden. Allerdings könne man nur grundsätzlich einen solchen Disziplin- und Kontraktbruch verurteilen; im Berliner Falle, so meinte ein Redner, müßten wohl die Gründe, die man ja nicht ganz genau kenne, wohl erheblich und tief einschneidend gewesen sein, daß sie einen solchen Kontraktbruch herbeiführen konnten. Auch stellte man sich auf den Standpunkt der Gavoursteherkonferenz im allgemeinen und der Maßgabe, daß die Disqualifizierung der beiden Berliner Vertrauensleute lieber nicht so scharf hätte ausgesprochen werden sollen. Was nun die Berichte der „Einigkeit“ betrifft, waren alle Redner der Meinung, daß solche Ausführungen nicht am Platze seien, da sie lediglich die Ansichten und den Willen der Lokalfisten bzw. Anarchozialisten zum Ausdruck brächten und als Arbeiterzeitungskritikerei zu bezeichnen seien. Kollege Erkerlenz bemerkte in seinem Schlußwort, daß auch der Vorstand auf dem Standpunkte stehe, daß man im „Korr.“ einen Gegner zum Worte kommen lassen müsse; in diesem Falle habe aber die Redaktion nicht noch mehr Kl in sein Feuer geben wollen. (Siehe Aufklärung im vorigen Leitartikel auf der zweiten Seite. Red.) Für die Entlassung der beiden Vertrauensleute müsse man insofern Verständnis haben, als sie tatsächlich mit dem Obium des Kontraktbruchs befaßt gewesen seien. Nachdem noch ein Kollege betont hatte, daß den Vertrauensleuten noch wie vor ein besonderer Schutz zu gewähren sei, da es sonst nach solchen Vorkommnissen schwierig sei, Vertrauensleute zu finden, schloß die sachlich verlaufene Besprechung. Eine eingegangene Resolution des Inhalts, Versammlung möge sich auf den Boden der vom Zentralvorstande gefaßten Beschlüsse und der Resolution der Gavourstehrer stellen, wurde durch Beschluß der Versammlung zurückgestellt, bis der Bericht über die am anderen Tag in Köln stattfindende Bezirksvorsteherkonferenz vorliege.

**Ludwigsburg.** Sein goldenes Berufs- und Geschäftsjubiläum konnte vor einiger Zeit unser Kollege Friedrich Meyhle begehen. Das mit diesem verbundene Johannisfest erfreute sich eines sehr guten Besuchs, namentlich waren die auswärtigen Kollegen in großer Zahl erschienen, um ihren ehemaligen Anführer zu beglückwünschen und Erinnerungen mit ihm auszutauschen. Andre, die nicht anwesend sein konnten, sandten telegraphische und schriftliche Glückwünsche. Auch die Prinzipalität war zum großen Teil anwesend. Kollege Klein (Stuttgart) hielt die Festrede. Dem Jubilare wurden dann seitens des Vorliegenden die Glückwünsche des Ortsvereins dargebracht und ihm ein schönes Geschenk überreicht. Auch seitens der Firma Ingehauer & Illmer war dem Kollegen Meyhle schon vorher in einer intimen Feier Anerkennung ausgesprochen und ihm ein namhaftes Geldgeschenk überreicht worden. Ein geliebtes Programm umrahmte die gelungene Feier.

**M. Mainz.** Maschinenseger. — Vierteljahrsbericht. In der Versammlung vom 27. Mai, die von 22 Kollegen besucht war, bildete den Hauptpunkt der Tagesordnung die Berichterstattung des Kollegen Weyrich über den zweiten deutschen Maschinensegerkongress. Der Redner gab in eineinhalbstündigem Referat ein klares Bild über die Verhandlungen. Reicher Beifall wurde ihm am Schlusse seines Referats zuteil. An der sich anschließenden Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen. Nach dem Schlussworte des Referenten dankte ihm der Vorsitzende für seine vortrefflichen Ausführungen im Namen der Versammlung. Ferner wurden zwei Kollegen aufgenommen. — Am 18. Juni veranstaltete der Maschinensegerverein einen Familienausflug nach Osnabrück. — Die Versammlung vom 9. Juli hätte besser besucht sein dürfen, da ein Vortrag des Kollegen August Rang über „Die Petroleumheizung an Schmaschinen“ auf der Tagesordnung stand. Der Referent erklärte an Hand einer Zeichnung die Handhabung und Konstruktion des Apparats, wofür ihm von Vorliegenden der Dank der Versammlung ausgesprochen wurde. Es wurde vom Vorsitzenden noch mitgeteilt, daß hier wieder drei neue Maschinen bereits aufgestellt seien, denen in kürzester Zeit noch eine folgen werde. Es handelt sich hier um drei Ideals und eine Viktorine. Unter „Verschiedenes“ wurde der Artikel „Die Ideal in der Praxis“ in Nr. 81 der „Technischen Mitteilungen“ von verschiedenen Kollegen scharf kritisiert. Anwesend waren 14 Kollegen.

**H. M. Gladbach.** Die Ortsvereinsversammlung vom 8. Juli, in der die Berliner Vorkommnisse besprochen wurden, erklärte sich mit der Resolution der Gewerkschaftskonferenz voll und ganz einverstanden. In einer kürzlich stattgehabten Vorstands- und Vertrauensmännerung zwecks Information über die tarifliche und sanitäre Verhältnisse in den hiesigen Druckereien konnten im allgemeinen zufriedenstellende Berichte gegeben werden. Nur in einer Druckerei wird ein „Güter“-begehnder unter Tarif entlohnt. Der Vorsitzende bemerzte hierzu, er sei bei der betreffenden Firma wegen dieses Falles vorstellig geworden und habe der Prinzipal ihm geantwortet, daß der betreffende Gutenbergsbündler das Minimum nicht leisten könne. Mehr wie 15 Mk. könne er ihm nicht bezahlen. Vom Vorsitzenden auf die Konsequenzen aufmerksam gemacht, die dadurch entstehen könnten, habe der Prinzipal geantwortet, dann müsse er den betreffenden Mann entlassen. Wie Vorsitzender nun gehört habe, würde der Gutenbergsbündler jetzt mit 18 Mk. entlohnt, also immer noch unter Minimum (bei 10 Proz. Lohatszuschlag). Es sei dies doch einmal wieder ein klarer Beweis für die vielgepriesene „Tarifstreue“ des Gutenbergsbündlers. Die Versammelten waren der Meinung, daß es nicht mehr Sache unfres Vorstandes sei, für die Angelegenheit nochmals einzutreten. (Entspricht auch unserer Ansicht. Schließlich wird von Thurner und Geisler noch ein Terrorismusfall daraus gezimmert. Red.) Der Gutenbergsbündler habe vor allen Dingen selbst die Pflicht, für tarifmäßige Entlohnung einzutreten. Sollte er seine tarifmäßigen Forderungen nicht durchdrücken können, so stehe ihm ja der Klageweg offen. Es wurde sodann noch beschlossen, mindestens vierteljährlich eine Vertrauensmännerung abzuhalten, da gerade diese von größter Wichtigkeit seien. — Das diesjährige Johannisfest wurde am 1. Juli durch ein Saalfest mit Ball gefeiert. Der Verlauf des Festes war ein allgemein befriedigender. Den Firmen W. Hütter & Co. m. b. H. und W. Kühler sei für die Gratislieferung der mustergründigen Festdrucksachen auch an dieser Stelle herzlichst gedankt.

## Rundschau.

Ferien! In Danzig gewährte die Buchdruckerei von S. Langowsky ihrem Personale drei Tage Erholungsurlaub ohne jede Karenz. — Das gleiche ist auch von der Buchdruckerei Rudolf Gerstäcker in Leipzig zu berichten.

Die Meisterprüfung bestanden vor der Gewerbetammer in Chemnitz zwei Kollegen mit gutem Erfolge.

Die Stempelpflicht der Tarifverträge erstreckt sich nach einer vom Arbeitgeberbund für das Baugewerbe erstrebten Entscheidung des preussischen Finanzministers nur auf die erteilten Verträge. Sie erfordern einen Vertragsstempel von 3 Mk. Der Hauptvertrag unterliegt der Steuer nicht, weil in ihm die Bestimmungen enthalten ist, daß die Geltendmachung irgendwelcher vermögensrechtlicher Ansprüche aus dem Vertrag ausgeschlossen sei. In den übrigen Verträgen fehlt aber diese Bestimmung und darum sind sie stempelpflichtig.

**Papierproduktion und -verbrauch in Deutschland.** Nach dem Jahresberichte des Vereins Deutscher Papierfabrikanten für 1910/11 betrug im Jahre 1899 die deutsche Druckpapierproduktion rund 1500000 dz. Heute können auf Erfordern von den syndizierten Fabriken 3200000 dz und von den Außenfabriken 550000 dz hergestellt werden. Stellt man dem heutigen Gesamtverbrauch in Deutschland von rund 2760000 dz das Ergebnis der letzten Volkszählung mit rund 65 Millionen Einwohnern gegenüber, so ergibt sich ein Durchschnittsverbrauch an Zeitungsdruckpapier für den Kopf der Bevölkerung von 4,25 kg. Vor zwölf Jahren waren es 2,4 kg. Nicht nur in demselben Verhältnisse, sondern noch weit mehr hat sich aber in dieser Zeit die Produktion gesteigert, sowohl im Inland als auch im Ausland. Im Jahre 1910 sind gegenüber einem Mehrverbrauche von 27700 dz in 1909 218000 dz mehr verbraucht worden. Es ist also gegenüber dem außergewöhnlich geringen Verbrauche des Jahres 1909 im Jahre 1910 eine Besserung des Abganges der Papierfabriken erfolgt.

Die Kräfte der christlichen Gewerkschaften. Daß an der Spitze der christlichen Gewerkschaften Nichtarbeiter als Paten und Helfer standen, ist bekannt. Mit den Gebern von Fabrikanten, von Geistlichen, Kaufleuten usw. ist die erste Agitation der christlichen Gewerkschaften betrieben worden. Und Nichtarbeiter sind es ja auch heute noch, die die Agitationsarbeit der christlichen Gewerkschaften mit ihrem Gelde mitbestreiten müssen. Wir gehen nicht fehl, wenn wir behaupten, daß Tausende Nichtberufsgenossen, besser gesagt, Nichtarbeiter den christlichen Verbänden als Mitglieder oder Ehrenmitglieder angehören, oder unter sonstigen Namen den christlichen Gewerkschaften ihre Beiträge abführen, die dann selbstverständlich unter die Rubrik: Mitgliederbeiträge, gebucht werden. Wirte und Kaufleute, die in Orten wohnen, wo die christlichen Organisationen besonders erflort sind, gehören nicht nur einem christlichen Verband an, sondern gleich mehreren. Je nachdem sie sich in Abhängigkeit zu den einzelnen Verbänden am Orte fühlen. So kommt Geld in die christlichen Gewerkschaftskassen und auch die Mitgliederzahl erhöht sich. Was das für Mitglieder sind, ist den Christen ganz egal. Auch wie sie zu Mitgliedern kommen. Wenn Fabrikanten ihnen die Mitglieder zutreiben, wird das dankend angenommen. Treten die konfessionellen Vereine für sie ein, so erfüllen sie nach Ansicht der christlichen Gewerkschaftler nur ihre Pflicht. Geistliche sind als Agitatoren für die christlichen Verbände gern gesehen und es ist nicht ganz gefahrlos für diese Leute, wollten sie diese „Christenpflicht“ nicht auf sich nehmen. Auch von den Behörden verlangt man, daß sie die Christen unterstützen, die andern Gewerkschaftsrichtungen aber bekämpfen. Man lese nur einmal den letzten gedruckten Geschäftsbericht des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter, wie aus allen Zeilen besonders besticht wird, wie sich „Christliche“ und „Bergarbeiter“ eine zu dem Gewerbeverein stellen, wie verärgert kritisiert wird, wenn gar Gewerkschaften und Zeichenbeamte sich nicht für sie ins Zeug legen. Daß die bürgerlichen Organe mehr für die christlichen Gewerkschaften tun sollen, versteht sich am Rande. Das sind aber alles Dinge, die so recht zeigen, wie sich die christlichen Gewerkschaften des Selbstvertrauens entblößt haben. Sie gebrauchen Kräfte, um gehen zu können. Wenn die Geistlichkeit, die Behörden, die konfessionellen Vereine, die einzelnen bürgerlichen Parteien und hier und da die Unternehmer nicht für die christlichen Gewerkschaften eintreten, dann sind sie auch fertig.

Politischer Anlauf der deutschen Justiz. Erst vor kurzem hat ein preussisches Obergericht die Rolle des Zimmerverbandes in Thorn als politischen Verein erklärt, weil in ihren Versammlungen laut polizeilichen Überwachungsberichten aus der Zeit von 1906 bis 1908 Fragen erörtert worden seien, die zu den politischen gehörten. Den gleichen Standpunkt nahm das Landgericht in Kottbus gegen eine Zahlstelle des Metallarbeiterverbandes in Finsterwalde in einer Berufungssache ein. Auch hier wurde die Zahlstelle als politischer Verein erklärt, weil in den Ausführungen eines Redners die Tendenz gelegen habe, in den Zuhörern die Empfindung wachzurufen, daß Mängel in der Gesetzgebung vorhanden seien, um damit weiter in den Zuhörern Gedanken hervorzurufen, wie diesen Mängeln abzuweichen sei. Das aber seien politische Angelegenheiten. Auf das zuerst angeführte Urteil in Thorn hat nun z. B. die Polizei in Bromberg an sämtliche von ihr ernittelten Vorstandsmitglieder der freien Gewerkschaften die Aufforderung ergehen lassen, binnen zweier Wochen das Verzeichnis der Vorstandsmitglieder nebst den Satzungen einzureichen. Andererseits hat aber fast zur gleichen Zeit das preussische Kammergericht der Berufung in Sachen des Urteils vom Kottbuser Landgerichte stattgegeben und das Urteil zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurückverwiesen. Es soll nachgeprüft werden, ob bei den beanstandeten Erörterungen die Absicht vorgelegen habe, direkt und unmittelbar auf die staatlichen Institutionen einzuwirken und das bestehende Recht zu ändern. Wenn auch das Kammergericht den Spuren der Vorurteilungen nicht ohne weiteres gefolgt ist, so muß man doch sagen, daß aus seiner Fragestellung wenig Klarheit hervorgeht. Die Anwendung der bekannten scharfen Lupe, wie sie bei Differenzen der Gewerkschaften mit der deutschen Justiz von letzterer regelmäßig beliebt wird, läßt keine allzu großen Hoffnungen aufkommen, daß nach dieser Richtung den Gewerkschaften der Arbeiter die Freiheit gewahrt wird, die die Unternehmerverbände, angefangen von den kleinsten Zünften

bis zum Zentralverbande der Industriellen, schon längst besitzen. Bei den Arbeitern wird eben in der Regel alles als politische Betätigung betrachtet und beurteilt, was von ihnen zur Lösung ihrer sozialen Lage unternommen wird. In diesem Sinne wird auch von allen denkenden Arbeitern die neueste Nadelstichpolitik der Gerichte gegen die Gewerkschaften zu beurteilen und entsprechend zu berücksichtigen sein.

Übermäßige Verwendung des Lehrlings zu Hilfsarbeiterverrichtungen berechtigt nach einem Urteile des Münchener Gewerbegerichts zur Lösung des Lehrvertrags. Der in Frage kommende Lehrling wurde als Vogenfänger, Steinwischer, Lumpenwäscher und Verkäufer verwendet; deshalb nahm ihn seine Mutter von der Lehre weg und klagte vor dem Gewerbegericht auf Herausgabe des Arbeitsbuchs und Auflösung des Lehrvertrags. Das Gericht stellte sich nach eingehender Beweiserhebung auf die Seite der Mutter, erklärte den Lehrvertrag als aufgelöst, verurteilte die Firma zur Zahlung sämtlicher Kosten und sprach dem Inhaber außerdem die Berechtigung zur Lehrlingsausbildung ab.

Eine Lohnbewegung in den Berliner Eisen- und Stahlbetriebe. Ein der Former und Gießereiarbeiter beteiligt sein werden, steht bevor. Sie kann unter Umständen zu einem Ereignis von großer Tragweite werden. Zunächst ist die Zahl der in den Berliner Eisengießereien Beschäftigten, etwa 4000, schon erheblich und dann hängt von den Gießereien die Möglichkeit für viele andere Betriebe ab, arbeiten zu können. Außerdem sind gerade die Gießereibesitzer Berlins die eigentlichen Begründer des Verbandes der Metallindustriellen, dessen Vorsitzender Kühnemann dem Verbande den bezeichnenden Namen „Rühnemännerverband“ verschaffte, der in der organisierten Arbeiterschaft ja nicht den besten Klang hat. Denn es war vielfach üblich, den scharfen Terrorismus der Arbeitgeberorganisation als von den „Rühnemännern“ ausgehend zu bezeichnen. Im Laufe der Jahre hat sich aber vieles geändert; der vom feinergeitigen Vorsitzenden Rühnemann beliebte Ton sowie die scharf ablehnende Haltung gegenüber Arbeitgeberorganisationen wird heute nicht mehr eingenommen. Tatsache ist, daß heute Differenzen in der Berliner Metallindustrie häufig durch Verhandlungen von Organisation zu Organisation erledigt werden. Ob für die jetzt eingeleitete Lohnbewegung der Former und Gießereiarbeiter auf dem Verhandlungsweg eine Erledigung möglich ist, wird sich in den nächsten Tagen zeigen. Hoffen wir das Beste für die beteiligte Metallarbeiterorganisation, die ihre in schweren wirtschaftlichen Kämpfen erreichte Gleichberechtigung gegenüber dem Industriellenverband benutzen wird, um die Interessen ihrer Mitglieder nachdrücklich zu vertreten.

Die große Aussperrung in der Metallindustrie Thüringens. Für den 29. Juli haben die Mitglieder des Verbandes der Thüringer Metallindustriellen, eine Aussperrung von 10 Proz. der bei ihnen beschäftigten Arbeiter beschlossen. Mit der Aussperrungsdrohung soll der Zweck verfolgt werden, einige in verschiedenen Teilen Thüringens schwebende Streiks zur Beendigung zu bringen.

Von der Aussperrung in Norwegen. Während der vorigen Woche haben auf Veranlassung der norwegischen Regierung Verhandlungen zwischen der Unternehmerzentrale und dem Landessekretariate der norwegischen Gewerkschaften stattgefunden. Sie waren aber bis zum Sonnabend noch nicht zum Abschluß gekommen, so daß sowohl die beiden von der Regierung ernannten Vermittler wie auch die Arbeitervertreter von den Unternehmern verlangten, daß die zweite Aussperrung, 15. Juli, so lange inhibiert werden sollte, bis die Verhandlungen zu einem Ergebnis in der einen oder anderen Richtung geführt hätten. Die Unternehmer haben jedoch diese Forderungen brüskt abgelehnt, so daß am letzten Sonnabend sämtliche 15000 Arbeiter in 135 Betrieben der Eisenindustrie des Landes ausgesperrt worden sind. Die Zahl der Aussperrten beträgt nunmehr 32000 Arbeiter aus 235 Industriebetrieben. Dazu kommen die 3000 streikenden Bergarbeiter, so daß die Gesamtzahl der am Kampfe teilnehmenden Arbeiter zurzeit 35000 beträgt. Allgemein wird damit gerechnet, daß der Kampf von längerer Dauer sein wird.

## Literarisches.

„Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung“. Herausgegeben von Dr. Heinrich Braun. Erster Band. Erstes Heft. Die neue sozialpolitische Zeitschrift ist das erste wissenschaftliche Spezialorgan, das die soziale Politik und soziale Gesetzgebung in ihrer Ausdehnung über die gesamte Kulturwelt sich zum ausschließlichen Gegenstand gesetzt hat. Der Inhalt des ersten Heftes umfaßt die Reichszunachststeuer, die Organisierung der Arbeiter, eine neue Form geltender Lohnsysteme in England, die Wehrfähigkeit der großstädtigen Bevölkerung, eine Kritik des Hausarbeitsgesetzes usw. Alle Themen werden von hervorragenden Sachverständigen behandelt und bieten eine so sachliche, leidenschaftslose Beleuchtung, daß man als Gewerkschaftler und aufwärtsstrebender Arbeiter nur wünschen kann, es mögen alle, die sich zur praktischen Mitarbeit auf den Gebieten der sozialen Politik berufen fühlen und berufen sind, zu treuen Lesern und Anhängern dieser Schrift werden. Zwar ist der Preis, pro Heft 3 Mk., für Arbeiterverhältnisse noch zu hoch, aber die Arbeiterbibliotheken sollten es unfres Trachtens nicht veräumen, die „Annalen“ ihrem sozialpolitischen Wertschätz einzuverleihen. Sie sind zu beziehen durch die Verlagsbuchhandlung von Julius Springer in Berlin N, Montbijouplatz 3.



**Tarifausschuss der Deutschen Buchdrucker. — Kreis I.**  
 Sonntag, den 30. Juli, vormittags 10 $\frac{1}{2}$  Uhr, in Hannover, im großen Saale des „Konzerthaus“, an der Goethebrücke:

**Kreisversammlung**  
 Tagesordnung: Beratung und Beschlussfassung über Anträge auf Abänderung einzelner Teile des Tarifs.  
**R. Rosenbruch**, erster Stellvertreter des Gehilfenkreisvertreters für den Tarifkreis I, Hannover, Detmoldstraße 11.

**Tarifausschuss der Deutschen Buchdrucker. (Kreis II, Rheinland-Westfalen und Birtensfeld.)**

Sonntag, den 30. Juli, vormittags 11 Uhr, im großen Saale des „Volks- haus“ zu Köln, Severinstraße 199:

**Versammlung der tariftreuen Gehilfen des Tarifkreises II.**  
 Tagesordnung: 1. Bericht des Gehilfenvertreters über die Entwicklung der Tarifgemeinschaft; 2. Stellung von Anträgen zur Revision des Deutschen Buchdrucker- tarifs.  
**Emil Albrecht**, Gehilfenvertreter.

Sonntag, den 30. Juli, vormittags 11 Uhr, im „Vereinshaus Thalia“ (W. Bornhöfe), Neustädter Straße 41/43:

**Kreisversammlung des Kreises X**  
 (umfassend das Hamburger Stadtgebiet, die Elbinseln, Provinz Schleswig-Holstein und Herzogtum Lauenburg, Großherzogtümer Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg- Strelitz, Freie Stadt Lübeck und Gebiet, Fürstentum Lübeck).  
 Tagesordnung: Die bevorstehende Tarifrevision.  
 Zahlreichen Besuch der tariftreuen Gehilfen erwartet **W. Dreier**, Gehilfenvertreter.

**Tüchtiger Maschinenmeister**  
 für Illustrations- und Buntdruck, gewandt im Farbenmischen, nach Stuttgart ge- sucht. Solche Reffektanten, welche mit Universalanlegeapparaten vertraut sind, werden bevorzugt. Nur Herren, welche beste Leistungen aufzuweisen haben, wollen sich melden unter Nr. 416 an die Geschäftsstelle d. Bl.

**Grifflassiger Maschinenseher**  
 für Viktorine für nächste Zeit nach München gesucht. Nur Herren, welche voll- ständig vertraut mit dem Fabrikat, wollen sich nebst Gehaltsansprüchen unter Nr. 423 durch die Geschäftsstelle d. Bl. melden.

**Postenpresse**  
 (Mäländer), Standort Bayern, Mahmenweide 11; 23 cm, Karboniert gut erhalten, für 110 Pf. zu verk. Off. u. Nr. 418 an die Geschäftsst. d. Bl.  
 Nur Betrieb unserer besten eingeführten Runkelkwaren suchen wir in ganz Deutsch- land tüchtige  
**Vertreter.**  
**Merkel & Co.**, Leipzig-Schl. Nothliustraße 15.

**Zwei polnische Seher**  
 darunter einen, welcher event. zum Faktor mit der Zeit aufrücken könnte, und welcher sich be- fähigt sieht, die Meisterprüfung abzulegen, sofort gesucht. Meldungen nebst Zeugnis- abschriften erbeten an die Geschäftsstelle d. Bl. unter Nr. 400. Die Druckerei ist tariflos und beschäftigt 8-10 Personen.

**Stempelseher**  
 per sofort gesucht. Offerten mit Gehaltsanfr. erbeten an  
**Döfer & v. Stein**, Stempelfabrik Frankfurt a. M.

**Schriftgießer**  
 für Hands- und Kompletmaschinen werden gesucht.  
**C. Floberg**  
 Schriftgießerei, Leipzig, Brüderstraße 57.

**Maschinenmeisterverein Bezirk Beuthen (Oberschlesien).**  
 Sonntag, den 30. Juli, vormittags 11 Uhr, findet in Rattowitz (Pietrows Restaurant, Sebans- straße) der  
**I. Oberschlesische Maschinenmeistertag**  
 statt und werden alle Druckerkollegen Ober- schlesiens, und zwar der Bezirke Beuthen und Rattowitz, hierzu eingeladen. Meeresint. Postings- Wächter (Breslau) eingeladen. **11/11**  
 Die Vorstände der Vereine Beuthen und Rattowitz, **Max Hirsch**, **Karl Sybow**.

Jeder Annoncensetzer kann die Vorlagen von „Lo- kale Reklamemust.“ in der Praxis verwenden. 3,45 Mk. unter Nachnahme. 412) F. W. Kramer, Essen-R. 6, Donau 29.

**Wir schenken Ihnen**  
 Hoff 1-3 der „Typographischen Jahrbücher“ so- lange die Bestände reichen, wenn Sie Ihre Bestel- lung auf den Jahrgang 1911 umgehend an uns ein- senden!  
 Wir beabsichtigen, durch diese Vorzugsofferte jedem Buchdrucker Gelegenheit zu bieten, sich von dem praktischen Werte der „Typographischen Jahrbücher“ durch ein Jahresabonnement bei Bezahlung von nur 9 Heften zu überzeugen! Preis pro Heft nur 60 Pf. Bestellungen umgehend erbeten an den Verlag der „Typographischen Jahrbücher“ Leipzig-R. 410

Die vielen Zuschriften und Bestellungen beweisen, welche Aufnahme die eigenartige Fachschrift in Gehilfenkreisen gefunden.

**Umsonst**

veröffentliche ich zeitgemäße Drucksachen und Entwürfe aller Art, hervorgegangen aus Preisausschreiben, Skizzierkursen, aus der Praxis etc. in der im August d. J. erstmalig erscheinenden 16seit. Monatsschrift

**Typogr. Rundschau**

unter Angabe der Namen des Entwerfers und Setzers und der ausführenden Offizin. Vierteljährlich 75 Pfg., Einzelhefte 30 Pfg. durch die Post, die Buchhandlungen oder direkt durch den Herausgeber u. Drucker

**J. Wienands, Bonn-Rhein- Buch- und Kunstdruckerei für zeitgemäße Druckausstattung.**  
 Bitte verlangen Sie gratis Werbenummer. Rührige Vertreter an allen Orten gesucht.

**Deutsches : : In Freud und Leid**  
**Buchdrucker- Ein gut Geleitet : :**  
**Liederbuch : :**

**Herausgeber Willi Krahl**  
**Verlag von Radelli & Hille**  
 Leipzig, Salomonstraße 8

Preis direkt 1,25 Mk., im Buchhandel 1,75 Mark :

Zeilenmaß mit sämtlichen Einteilungen 20 Pf. **Seitenmaß** C. Frey, Frankfurt W., Böttgerstr. 25.

**Brandenburgischer Maschinensetzerverein**  
 Sitz Berlin.  
 Sonnabend, den 29. Juli, im Garten der „Neuen Philharmonie“ (Karl Keller), Köpenicker Straße 96/97 und Schmidtstraße 18:  
**Sommer- und Kinderfest.**  
 Konzert :: Preiskegeln :: Kinematograph :: Kinderspiele (unter gefälliger Leitung von Mitgliedern des Turnvereins „Fichte“) Kinderpolonäse (Mützen und Fackeln beim Eintritte gratis). — Von 8 Uhr ab im Saale: TANZ. — Die Kaffeeküche ist ab 3 Uhr geöffnet. :: :: :: Eintritt frei! Anfang 4 Uhr. :: :: :: Zahlreichen Besuch erwartet [413] Das Vergnügungskomitee.

**IV. Thüringischer Buchdruckersängertag**  
 Rudolstadt am 29. und 30. Juli.  
 Sonnabend, den 29. Juli, im Gewerkschaftshaus „Gambrinus“:  
**Großes Instrumental- und Vokalkonzert.**  
 Sonntag, den 30. Juli, vormittags: Rundgang; nachmittags: Konzert auf dem „Marienturm“; abends: Abschiedskommers im „Deutschen Krug“.  
 Zu diesen Veranstaltungen sind die Kollegen der umliegenden Ortsvereine freundlichst eingeladen. [411]

Gegründet 1889  
 Jährlicher Versand über 25 000 Uhren  
 Über Hundert-tausend Kunden  
 Viele Tausende Anerkennungen  
**Auf Teilzahlung** [293]  
 liefern die besten Uhren und Goldwaren, Sprechmaschinen, Photo- graphischen Apparate, Musikwerke, Geschenkartikel  
**Jonass & Co., Berlin G. 407**  
 Belle-Alliance-Strasse 3  
 Lieferant des Deutschen Beamtenbundes  
**Katalog mit über 4000 Abbild.**  
 gratis und franko

**MEYs Stoffwäsche**  
 (Kragen, Manschetten, Vorhemden)  
 aus der Fabrik von Mey & Edlich in Leipzig-Plagwitz  
 ist der beste Ersatz für Leinenwäsche.  
 Meys Stoffwäsche besteht aus Karton, der mit leinwandähnlich appetitlichem Schirting- bezogen ist, wodurch sie im Aussehen der Leinen- wäsche täuschend gleicht. Die Anschaffungs- kosten sind nicht höher, als der Preis für Wäsche aus Bienen- leinwand beträgt. Dabei vermeidet man alle Unannehmlich- keiten, die beim Gebrauche von Leinenwäsche unabweislich sind. Vielmehr trägt man stets neue, tadelloste sitzende Wäsche von höchster Eleganz, die sich auch bei vermehrter Transpi- ration aus beste bewährt. [290]  
 Die Wäsche wird in den modernsten For- men in weiß und farbig angefertigt.  
 Ein einmaliger Versuch führt zu dauernder Verwendung!  
 Meys Stoffwäsche ist fast überall erhältlich, kann aber auch direkt bezogen werden vom Versandgeschäft Mey & Edlich in Leipzig-Plagwitz. Illustrierte Preisliste auf Verlangen kostenfrei.

**Anhang zum Tarife**  
 von Konrad Schrüder.  
 Preis des Exemplars 10 Pf. (3 Pf. Porto). Be- stellungen nehmen die Herren Verbandsfunkio- näre sowie G. Böblitz, Leipzig, Salomon- straße 8, entgegen.

**Todesanzeige.**  
 Am 18. Juli verstarb nach schwerem Leiden unser wertiges Mitglied, der Setzer  
**Karl Rockenbach**  
 aus Offenbach, im 32. Lebensjahr an Nierenerschumpfung. Sein Andenken bleibe in Ehren!  
 Bezirk Frankfurt a. M. [424]

Am 18. Juli verstarb nach längerem Kranksein der Druckerkollege  
**Konrad Schröder**  
 im Alter von 67 Jahren. [422]  
 Wir werden ihm stets ein ehrendes An- denken bewahren.  
 Edlingen, den 19. Juli 1911.  
 Das Personal der „Edlinger Zeitung“. Ortsverein Edlingen.

Am 14. Juli verstarb unser wertiges Mit- glied, der Faktor  
**Max Müller**  
 aus München, 46 $\frac{1}{2}$  Jahre alt, an Herz- leiden.  
 Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm  
 Die Mitgliedschaft München. [415]

**Adressen für Zusendungen**  
 an den „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer“:  
 für Berlin, Gewerbe- und Volksvereins- hofes: Willi Krahl;  
 „Sozialpolitische“, Rundschau und Literarisches: Charles Schäffer;  
 „Korrespondenzen“, Anstand und Heiligkeit: Karl Selma 113;  
 „Korrespondenzen“, Anstand, Offerten, Postan- weisungen usw.: Georg Böblitz;  
 (Nützlich in Leipzig, Salomonstraße 8. (Berufs- Nr. 14111, Straße und Hausnummer ist stets angegeben)